



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DIE EU UND DIE RUSSISCHE ZIVILGESELLSCHAFT SOZIOÖKONOMISCHE GEGENSÄTZE IN RUSSLANDS REGIONEN

■ VON DER REDAKTION Die Osterpause und danach	2
■ KOMMENTAR Die EU vernachlässigt die Förderung der russischen Zivilgesellschaft Stefanie Schiffer, Berlin / Thomas Vogel, Brüssel	2
■ ANALYSE Regionale Diskrepanzen in Russland: Politisch verursacht Andreas Heinemann-Grüder, Bonn	5
■ ANALYSE Russlands regionale Wohlstandsdisparitäten Gunter Deuber, Wien	9
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT Wirtschaftliche Unterschiede russischer Regionen	16
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS Bürgermeisterwahlen in Nowosibirsk: Sieg der vereinten Opposition gegen »Einiges Russland«	22
■ NOTIZEN AUS MOSKAU Imperium und Nation Jens Siegert, Moskau	23
■ CHRONIK 27. März – 10. April 2014	25



VON DER REDAKTION

Die Osterpause und danach

Die Russland-Analysen gehen für vier Wochen in die Osterpause. Die nächste Nummer erscheint am 8. Mai 2014. Wir werden uns dann u. a. mit der russischen Wirtschaft, der Krim und der weiteren Entwicklung der Beziehungen zur Ukraine befassen.

Einstweilen wünschen wir Ihnen aber frohe Ostertage und gute Erholung!

Matthias Neumann, Hartmut Schröder, Christoph Laug und Henning Schröder

KOMMENTAR

Die EU vernachlässigt die Förderung der russischen Zivilgesellschaft

Stefanie Schiffer, Berlin / Thomas Vogel, Brüssel

Zusammenfassung

Während die EU-Finanzhilfen für die Zivilgesellschaft der Südlichen und der Östlichen Partnerschaft in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen sind, wurden die Gelder und Personalstellen für die Zusammenarbeit mit Russland massiv zurückgefahren. Ungeachtet der Proteste von Nichtregierungsorganisationen und der Aufforderungen des Europäischen Parlamentes setzt die EU-Kommission diese Politik auch im neuen EU-Haushalt bis 2020 fort. Damit schwächt die EU eines der wenigen Instrumente, über das sie verfügt, um diejenigen Institutionen und Personen zu unterstützen, die sich in der Russischen Föderation für die demokratische Transformation des Landes, für Menschenrechte und die europäische Integration einsetzen.

Die EU als Förderer der Zivilgesellschaft

Die Europäische Union verfügt im Rahmen ihrer internationalen Kooperationsprogramme über eine Reihe von Finanzinstrumenten, die speziell auf die Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Menschenrechtsorganisationen ausgerichtet sind. In den vergangenen Jahren wurden diese Instrumente mit erheblichen Mitteln ausgestattet, um die Zivilgesellschaften der Staaten der südlichen und östlichen EU-Nachbarschaft zu unterstützen. Ausschlaggebend waren unter anderem die Ereignisse des Arabischen Frühlings im Süden und die Vorbereitung auf Assoziierungsabkommen mit Staaten der Östlichen Partnerschaft. In diesem Zusammenhang haben die EU-Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst im Jahr 2011 eine Mitteilung zur »Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik« herausgegeben, die den Ausgangspunkt für ein grundlegendes Umdenken sein sollte, hin zu stärkerer Demokratieförderung und einer intensiveren Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft und Graswurzelorganisationen (A New Response to a Changing Neighbourhood. A review of European Neighbourhood Policy <http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com_11_303_en.pdf>).

Dem Umgang mit den Zivilgesellschaften der Staaten der 2009 gegründeten Östlichen Partnerschaft (Bela-

rus, Moldau, Ukraine, Armenien, Aserbaidzhan und Georgien) hat dieser 2011 eingeführte Ansatz neue Impulse gegeben. Dabei haben die Bemühungen, mit einigen der Staaten der östlichen Partnerschaft Assoziierungsabkommen abzuschließen und damit eine tiefgreifende EU-Annäherung zu betreiben, eine entscheidende Rolle gespielt.

Zu den Förderprogrammen der EU zur weltweiten direkten Unterstützung der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen gehören in erster Linie das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) und das *Non State Actors and Local Authority*-Programm (NSA/LA). Als Folge der erwähnten Revision von 2011 wurde für die Südliche und Östliche EU-Nachbarschaft im Rahmen des damaligen Nachbarschaftsinstrumentes ENPI außerdem die *Civil Society Facility* (CSF) eingeführt.

Allein über diese drei Instrumente haben zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte in den sechs Staaten der Östlichen Partnerschaft im Zeitraum 2011–2013 rund 72 Millionen Euro erhalten.

Unter dem Eindruck des Arabischen Frühlings und als Reaktion auf die zu stark bürokratisierte und damit unflexible Förderpolitik der EU wurde Ende 2011 unter der polnischen Ratspräsidentschaft zudem ein weiteres, wesentlich flexibleres Finanzinstrument ins Leben

gerufen, die Europäische Demokratienstiftung (*European Endowment for Democracy, EED*). Anders als die oben genannten Instrumente ist dieses Instrument kein Programm der EU-Kommission, sondern wird durch eine Stiftung umgesetzt, an der die Kommission, vor allem aber die Mitgliedstaaten der EU beteiligt sind. Ziel ist es, Graswurzelbewegungen schnell und unbürokratisch mit kleinen Summen zu unterstützen, ebenso NGOs ohne offizielle Registrierung, Einzelpersonen und sogar politische Parteien. Die Stiftung verfügt für die Jahre 2013–2017 über ungefähr 25 Mio. Euro, mit denen allerdings auch Verwaltungs- und Personalkosten abgedeckt werden sollen. Zielregion der EED ist ebenfalls die Südliche und Östliche Partnerschaft der EU (<<https://www.democracyendowment.eu/about-eed/>>).

Russland – ein »blinder Fleck«

So richtig die Entscheidung der EU war, bei der Anbindung der Staaten der südlichen und östlichen Partnerschaft an den EU-Raum besonderes Augenmerk auch auf die zivilgesellschaftliche Ebene zu richten, so bedenklich war die fast völlige Vernachlässigung der Unterstützung russischer Nichtregierungsorganisationen über die Förderprogramme der EU, die in den letzten Jahren zu beobachten war und die sich im Nachhinein als folgenschwer herausgestellt hat. Die im EU Haushalt eingestellten Fördermittel für russische NGOs belaufen sich derzeit gerade noch auf 4 Mio. € jährlich. Damit erhalten die sechs Staaten der östlichen Partnerschaft allein aus den drei Instrumenten EIDHR, NSA-LA und CSF zur Stärkung ihrer Zivilgesellschaften derzeit durchschnittlich fünfmal mehr EU-Fördermittel pro Jahr als die Russische Föderation. Diese Entwicklung entspricht dem generellen Trend, bei Kooperationsprogrammen der EU mit der Russischen Föderation die finanzielle Unterstützung in Richtung Russland mehr und mehr zurückzufahren. Das ist einerseits ein Zugeständnis an die offizielle russische Seite, die sich nicht mehr als Empfänger von EU-Förderungen sehen will, andererseits kommt sie den internen Sparzwängen in der EU und der Konzentration auf die Nachbarschaftsländer entgegen. Dem ureigenen Interesse der EU, auch gegenüber der Russischen Föderation eine wertebasierte Außenpolitik mit verlässlichen Partnerschaften auch auf der zivilgesellschaftlichen Ebene zu entwickeln, widerspricht diese Entwicklung jedoch auf ganzer Linie.

Ein weiteres Beispiel für diese Politik ist das Nachbarschaftsinstrument ENI, das auf gemeinsame Kooperationsprojekte zwischen der EU und den Regierungen der Nachbarschaftsländer ausgerichtet ist, und von dem auch zivilgesellschaftliche Projekte profitieren können. Russland kann in der neuen Förderperiode 2014–2020 außer im Bildungssektor (Erasmus+) nur noch in einigen

wenigen regionalen Unterprogrammen teilnehmen, ist sonst aber weitestgehend vom ENI Programm, dem fast 2 Mrd. Euro jährlich zur Verfügung stehen, ausgeschlossen. Stattdessen wurde zwar mit der neuen Förderperiode das Partnerschaftsinstrument (PI) für die G20 Staaten, also auch Russland, eingeführt, allerdings ist dort eine Förderung der Zivilgesellschaft nicht explizit vorgesehen.

Für einen Ausbau der zivilgesellschaftlichen Beziehungen

Die EU kann es sich nicht leisten, diejenigen Strukturen, Institutionen und Aktiven weiterhin zu vernachlässigen, die in der Russischen Föderation für Demokratie und Menschenrechte, für Meinungs- und Pressefreiheit, für die Einhaltung internationaler Verpflichtungen und eine Annäherung an die europäischen Staaten und Gesellschaften eintreten.

Gerade wenn sich die geopolitische Krise weiter zuspitzt und Russland sich mit seiner aggressiven Politik gegenüber der Ukraine in eine internationale Isolation manövriert, müssen alle möglichen Gesprächs- und Handlungskanäle erhalten bleiben, die heute noch einen direkten Kontakt zwischen den Gesellschaften der EU und der Russischen Föderation ermöglichen. Die Erfahrung der letzten Monate zeigt, dass russische Nichtregierungsorganisationen trotz der Einschüchterungen durch das sogenannte »Gesetz über ausländische Agenten« und trotz der derzeitigen aggressiven antiwestlichen Propaganda weiterhin bereit sind, mit europäischen Partnerinstitutionen und auch im Rahmen von EU-finanzierten Projekten zusammen zu arbeiten.

Das EU-Russland Zivilgesellschaftsforum hat bereits im Mai 2013 in einem Policy Paper auf die Notwendigkeit hingewiesen, zivilgesellschaftliche Strukturen in der Russischen Föderation nachhaltig und strategisch zu fördern. Das Europäische Parlament hat diese Empfehlungen in seinen Resolutionen im Juni 2013 und März 2014 nachdrücklich unterstützt und eine erhebliche Aufstockung der Mittel verlangt. Das letzte Wort hierzu hat allerdings die EU-Kommission, die über die Programmierung der Instrumente allein entscheidet und die bislang die von Zivilgesellschaft und EP erhobenen Forderungen nach Anpassung der EU-Hilfe für die russische Demokratiebewegung – zumindest eine Anhebung auf das Niveau, das mit den Staaten der östlichen Partnerschaft bereits erreicht ist – abblockt.

Zu den Empfehlungen des EU-Russland-Zivilgesellschaftsforums gehören:

- Erhöhung des EIDHR-Budgets für die Russische Föderation von derzeit drei auf neun Millionen Euro jährlich;
- Anwendung des NSA/LA Programms in der Russischen Föderation mit einem jährlichen Budget von fünf Millionen Euro;

- Die Öffnung des neu aufgestellten Nachbarschaftsinstruments ENI für die Beteiligung russischer zivilgesellschaftlicher Organisationen im Rahmen von grenzüberschreitenden und multilateralen Programmen zwischen Organisationen aus der Russischen Föderation, der EU und Staaten der östlichen Partnerschaft;
- Öffnung des Partnerschaftsinstruments (PI), das für die Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation derzeit zehn Millionen Euro jährlich vorsieht, für eine Förderung zivilgesellschaftlicher Institutionen;
- Öffnung der Europäischen Demokratiestiftung (EED) für die Arbeit in der Russischen Föderation.

Die Schwächen der EU-Förderprogramme

Eine Erhöhung des Fördervolumens allein ist ein notwendiger aber kein ausreichender Schritt. Die Förderprogramme der EU werden derzeit entweder zentral von Brüssel oder von den EU-Delegationen in den Drittländern verwaltet. Personalkürzungen in den Kommissionsstrukturen führen dazu, dass die Fördermittel in möglichst großen Projekten bewilligt werden, die dann von einigen wenigen Verwaltungsangestellten administriert werden können. Die letzte Veröffentlichung des EIDHR-Programms für Russland sah dementsprechend die Förderung von Projekten ab einer Mindestgröße von 500.000 € vor. Es liegt auf der Hand, dass eine Demokratieförderung mit Augenmaß, die auch regionale und Graswurzelorganisationen berücksichtigt, mit derartigen Vorgaben kaum möglich ist. Die EU-Kommission sollte Programme entwickeln, die von der breiten Masse der russischen Nichtregierungsorganisationen sinnvoll verwaltet und umgesetzt werden können – dafür sind Projekte in einer Größenordnung von 50.000–200.000 € erfahrungsgemäß am besten geeignet. Um einen effizienten Mitteleinsatz zu gewährleisten, müssen selbstverständlich die dafür notwendigen kompetenten Verwaltungs-

strukturen auf Seiten der EU bereitgestellt werden. Die EU ist jedoch gerade dabei, den Personalbestand der Delegation in Moskau drastisch zu reduzieren und die Verwaltung in Brüssel zu konzentrieren. Diese Entscheidung ist kontraproduktiv und sollte dringend revidiert werden.

Ein weiteres Problem der derzeitigen EU-Förderlinien ist, dass sie ausschließlich Projekte fördern, aber keine institutionellen Förderungen vorsieht. Eine nachhaltige und perspektivische Demokratieförderung ist auf diese Weise in Transformationsstaaten ohne nennenswerte einheimische Philanthropie oder staatliche Förderprogramme nicht realisierbar. Nachdem die US-amerikanische Entwicklungsagentur *USAID* im vergangenen Jahr ihre Tätigkeit in der Russischen Föderation einstellen musste, fehlt ein wesentlicher Akteur, der in der Vergangenheit zivilgesellschaftliche Organisationen auch über einen längeren Zeitraum gefördert und damit zu ihrer Institutionalisierung und Professionalisierung beigetragen hat. Das Fehlen einer nachhaltigen, systematisch und langfristig angelegten Förderung der russischen Zivilgesellschaft wird Folgen für die russische Gesellschaft haben, die in den kommenden Jahren noch stärker sichtbar werden. Angesichts der aktuellen politischen Krise in Europa darf es in der EU-Förderpolitik kein *business as usual* geben. Wie wichtig eine aufgeklärte, offene und demokratieorientierte Zivilgesellschaft ist, hat sich in der Ukraine einmal mehr gezeigt, ebenso wie ihr Fehlen in Russland deutlich wurde. Die künstliche Spaltung und Aufteilung der EU-Politik und finanziellen Förderung zwischen Nachbarschaft und Russland erweist sich gerade jetzt als gravierender Fehler.

Derzeit wird die EU-Demokratisierungsagenda für Russland jedoch von den EU-Haushältern bestimmt. Ob diese aber im Augenblick der gravierenden geopolitischen Krisen nötigen politischen Weitblick haben, darf bezweifelt werden.

Über die Autoren

Stefanie Schiffer ist Geschäftsführerin des Europäischen Austausches (Berlin), Gründungsmitglied des Zivilgesellschaftsforums EU-Russland sowie der Europäischen Plattform für demokratische Wahlen (www.epde.org) und Initiatorin und Vorstandsmitglied der »Kiewer Gespräche«.

Thomas Vogel ist Parlamentarischer Referent und wissenschaftlicher Mitarbeiter von Werner Schulz (MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Russland und EU-Ukraine sowie der Delegation für Belarus).

Lesetipps

- EU-Russland Zivilgesellschaftsforum: European Solidarity for Russia's Civil Society (Policy Paper des EU-Russland Zivilgesellschaftsforums); <http://eu-russia-csf.org/fileadmin/Policy_Papers/Others/EuropeanSolidarityforRussiasCivilSociety26-1-1.06.pdf>
- Resolutionen des Europäischen Parlaments:
 - »Rechtsstaatlichkeit in Russland«, 13. Juni 2013; <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0284+0+DOC+XML+V0//DE>>
 - »Russland: Verurteilung von Demonstranten, die an den Vorfällen auf dem Bolotnaja-Platz beteiligt waren«, 13. März 2014; <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0253+0+DOC+XML+V0//DE>>

Regionale Diskrepanzen in Russland: Politisch verursacht

Andreas Heinemann-Grüder, Bonn

Zusammenfassung

Die sozioökonomischen Diskrepanzen zwischen den Regionen haben seit Ende der 1990er Jahre in Russland enorm zugenommen. Das lässt sich nicht allein mit unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, sondern auch mit der Regierungsführung erklären. Die Politik der Zentralisierung unter Präsident Putin gründet auf hoher Umverteilungsmacht; der Zentralismus stößt jedoch an seine Grenzen, wenn die Budgetmittel für die Subventionierung der Regionen abnehmen, die Regionen ihre mandatierten Aufgaben nicht finanzieren können, gleichzeitig aber die Möglichkeiten eigener Steuererhebung durch den Steuerzentrismus eingeschränkt sind.

Regionale Vielfalt

Russland ist laut Verfassung ein Föderationsstaat mit 85 Föderationssubjekten (»Ländern«), einschließlich der international nicht anerkannten Einordnung der Halbinsel Krim und der Stadt föderaler Bedeutung Sewastopol. Angesichts der riesigen Distanzen, der unterschiedlichen ökonomischen, ethnischen, klimatischen und landschaftlichen Voraussetzungen haben die Föderationssubjekte nach 1991 zunächst unterschiedliche Transformationswege eingeschlagen. Unter Präsident Putin sind die Regionalregimes dann weitgehend vereinheitlicht worden. Während ethnische und Statusunterschiede zwischen den Regionen gegenüber den 1990er Jahren an Bedeutung einbüßten, haben die sozio-ökonomischen Diskrepanzen enorm zugenommen. Ist die Kluft zwischen den Regionen ein Ergebnis der Putinschen Politik, können also die sozioökonomischen Ungleichheiten auch auf den Zentralismus zurückgeführt werden?

Die Verschiedenartigkeit von Russlands Regionen lässt sich an unterschiedlichen Merkmalen festmachen, darunter der geographische Lage, dem politisch-administrativen Status, dem Grad der Ausprägung demokratischer oder aber autoritärer Verhältnisse, demographischen Kennzeichen, dem Wahlverhalten, ökonomischen Parametern, Indikatoren der menschlichen Entwicklung oder der Konfliktintensität. Nicht alle regionalen Charakteristika überlagern sich, und doch lassen sich typische Muster der Differenzierung erkennen.

In Russland koexistieren Regionen mit einem sozialökonomischen Niveau der afrikanischen Sub-Sahara-Region mit solchen, die mit westeuropäischen Standards verglichen werden können. Die Unterschiede im durchschnittlichen Monatseinkommen differieren zwischen den Regionen mit einem Faktor von bis zu 5,3: Im reichen Moskau verdient man im Schnitt mehr als fünf Mal so viel wie in der armen Republik Kalmykien. Die Arbeitslosigkeit war 2012 in zahlreichen »ethnischen« Republiken und Autonomen Bezirken, also Gebiets-

einheiten nicht-russischer Völker, überdurchschnittlich hoch, so bei den beiden Spitzenreitern Inguschetien mit 47,7% und Tschetschenien mit 29,8%. Im Zeitraum von 1999–2009 verdoppelten sich die Unterschiede hinsichtlich des regionalen Bruttosozialprodukts, wobei die meisten ethnischen Republiken besonders rückständig sind. Zu den ärmsten Regionen gehören die ethnischen Regionen im Nordkaukasus sowie die Republiken Kalmykien und Tywa, die Regionen Altai und Stawropol sowie die Gebiete Brjansk, Kirow und Pskow. Sie alle hängen überdurchschnittlich stark von föderalen Zuwendungen ab. Geringe Einkommenszuwächse oder Einkommensrückgänge waren zwischen 1999–2009 insbesondere in den Gebieten Wologda, Magadan, Samara und den Regionen Kamtschatka, Chabarowsk und Stawropol zu vermerken.

Zwischen 1999–2009 verzeichneten hingegen die Republiken Tschukotka und Dagestan, die Städte föderaler Bedeutung Moskau und St. Petersburg sowie das Leningrader Gebiet und die Gebiete Kaliningrad und Sachalin hohe Zuwächse im Pro-Kopf-Einkommen. Hohe Einkommenszuwächse sind zum Teil, etwa im Falle Dagestans, auf die föderale Umverteilung von Haushaltsmitteln zurückzuführen. Auf Eigenleistung lassen sich die Einkommenszuwächse in den Gebieten Tjumen, Sachalin und im Leningrader Gebiet, in den Städten Moskau und St. Petersburg sowie den Republiken Komi, Tatarstan und Tschukotka zurückführen. Betrachtet man den regionalen Saldo, verrechnet man also Überschüsse und Schulden miteinander, dann zählen zu den Gewinnern die Städte Moskau und St. Petersburg, die Region Krasnojarsk, die Republik Tatarstan und das Moskauer Gebiet (Angaben für 2012). Zu den am meisten verschuldeten Regionen gehören hingegen die Republiken Tschetschenien und Dagestan, der Autonome Bezirk der Nenzen sowie die Gebiete Archangelsk und Astrachan.

Betrachtet man den Index der menschlichen Entwicklung (*Human Development Index*), dann fallen die

regionalen Diskrepanzen zwar weniger krass aus als bei den Einkommen, am geringsten entwickelt sind aber im Schnitt »ethnische« Republiken und die südsibirische Peripherie, der Ferne Osten Russlands und der Nordkaukasus. Das natürliche Bevölkerungswachstum weist hingegen im Uralgebiet, im Nordkaukasus, in Sibirien und der südsibirischen Peripherie überdurchschnittliche Raten auf, während das natürliche Bevölkerungswachstum im europäischen Teil Russlands negativ ist.

Kategorisierung der Regionen oder »Die vier Russlands«

Seit den 1990er Jahren werden Russlands Regionen nach verschiedenen ökonomischen oder politischen Profilen eingeteilt. Teils überschneiden sich die Kategorien, teils werden unterschiedliche Merkmale zu Regionstypen zusammengefasst. Auffällig ist gleichwohl, dass in den bald 25 Jahren seit Auflösung der Sowjetunion jene Faktoren, die die Zuordnung zu einer wachsenden oder rückständigen Region begründen, weitgehend gleich geblieben sind. Gute oder schlechte Ausgangsbedingungen haben dauerhaft Pfadabhängigkeiten geschaffen, sind allerdings auch durch institutionelle Ursachen verstärkt worden.

Ende der 1990er Jahre hat Wladimir Gelman die Regionen in drei Typen unterschieden: (1) ein autoritäres Modell mit einem Machtmonopol (z. B. Tatarstan), (2) hybride Regime mit einem Elitenkompromiss (z. B. das Gebiet Nischnyj Nowgorod) und (3) Elitenwettbewerb, der verhindert, dass eine Gruppe innerhalb der Elite alles gewinnt (z. B. in der Republik Udmurtien). Die Typisierung der Regionen folgte einem Transformationsmodell, das von »Pionieren« und »Nachzügeln« der Demokratisierung ausging. Freilich finden sich im Zeitverlauf erstaunliche Wechsel bei der Zuordnung der Regionen nach dem Regimetyyp. Aufgrund der Angleichung der politischen Regime und des Rückgangs von ergebnisoffenem politischem Wettbewerb in den Regionen hat deren Einteilung nach dem Grad der Demokratisierung an Relevanz eingebüßt. Der Grad an Pluralismus, die Anzahl regionaler Vetokräfte und deren Verhältnis zueinander sowie die Offenheit der Regionalregime erklären gleichwohl zu einem erheblichen Teil die Verschiedenheit regionaler Entwicklungspfade.

Wladimir Gimpelson unterscheidet zwischen (1) ressourcenreichen Regionen mit einem extraktiven Profil (nördliche Regionen und die im Fernen Osten); (2) urbanen Industriegebieten, die Schwer- und Leichtindustrie, darunter Rüstungsindustrie, kombinieren (Zentralrussland sowie Teile des Urals und Sibiriens); (3) exportorientierte Regionen und Finanzzentren (Moskau und St. Petersburg) sowie Grenzregionen mit Hochseehäfen (Norden und Ferner Osten); (4) landwirtschaft-

lichen Regionen, die für den heimischen Markt produzieren (Schwarzerde-Zone und Wolgagebiet) sowie (5) ethnischen Regionen. Dimitrios Giannias klassifiziert mit seinen Ko-Autoren ähnlich: (1) Regionen mit natürlichen Ressourcen, in denen Kraftstoffe, Nichteisen-Metalle und die Holzindustrie mindestens die Hälfte des industriellen Outputs ausmachen (Republiken Kareljen, Komi und Jakutien (Sacha), das Leningrader Gebiet, die Gebiete Tjumen, Irkutsk und Magadan, die Region Krasnojarsk); (2) ländliche Gebiete: Regionen, in denen mindestens 45 % der Bevölkerung als agrarisch eingestuft wird (11 Regionen im Süden); (3) Industrie- bzw. High-Tech-Regionen (Moskau, St. Petersburg, Moskauer Gebiet, Swerdlowsker Gebiet, die Gebiete Nischnyj Nowgorod, Nowgorod, Samara, Woronesch, Nowosibirsk und Kaluga); und (4) kommerzielle Agglomerationen, zu denen Moskau, St. Petersburg, das Swerdlowsker Gebiet, die Region Primorje, die Gebiete Nowosibirsk, Samara und Nischnyj Nowgorod gezählt werden; sowie (5) Regionen, die keiner der vorgenannten Kategorien zugehören (etwa die Hälfte aller).

Natalja Subarewitsch (Zubarewitsch) schließlich spricht von einer Koexistenz von »vier Russlands«, sie kombiniert den Grad industrieller Diversifizierung, den Siedlungstyp und das Protestverhalten miteinander. Es gibt demnach 1) reform- und wachstumsorientierte große Städte mit einer liberalen Mittelklasse und einer postmaterialistischen Protestkultur; 2) mittlere Städte mit krisenanfälligen Monoindustrien, geringen Industrieinkommen und sozialen Protesten; 3) kleine Städte und ländliche Gebiete im Süden, im Nordkaukasus und in der nördlichen Peripherie, die durch Subsistenzwirtschaft, schlechte Infrastruktur und Inseln des extraktiven Ressourcenabbaus gekennzeichnet sind; und schließlich 4) ethnische Republiken im Nordkaukasus, die sich durch ethnische und religiöse Konflikte, radikalen Islam, Klanstrukturen und umfangreiche föderale Transferleistungen auszeichnen. Besonders kritisch stellt sich die Lage im Nordkaukasus dar, wo korrupte Institutionen, ineffektive Regierungsführung, defekte Rechtsstaatlichkeit und Unterentwicklung die Bemühungen der Zentralregierung unterminieren, die Region zu integrieren und den islamistischen Extremismus zu bekämpfen.

Erklärungen für die Diskrepanzen

Für hohe Wachstumsraten in den Regionen werden meist der Reichtum an Bodenschätzen, die Konzentration von Handel und Dienstleistungen und die Produktion exportfähiger metallurgischer Erzeugnisse verantwortlich gemacht. Fortgeschrittene und extrem rückständige Regionen sind in postsowjetischer Zeit im Wesentlichen in derselben Kategorie wie früher geblie-

ben: Zwar hat das Zentrum seit der Jahrtausendwende rückständige ethnische Regionen massiv subventioniert, doch sind die Entwicklungsanreize gering geblieben.

Statistische Untersuchungen, die den Grad regionaler Demokratie mit Wirtschaftswachstum verknüpfen, kommen zu mehrdeutigen Ergebnissen. Insgesamt schneiden Regionen mit einem hohen und einem niedrigen Grad an Demokratie (verstanden als inner-regionaler Pluralismus) in Bezug auf das Wirtschaftswachstum besser ab als hybride Regime. Eindeutig ist der negative Einfluss der großen föderalen und der regionalen Bürokratie auf das Wirtschaftswachstum. Aber nicht nur der Umfang der Bürokratie, sondern auch die Qualität der regionalen Institutionen schlägt sich auf das Ausmaß an Korruption nieder. Obschon nur für knapp über dreißig Regionen Angaben von Transparency International vorliegen, scheint die Korruption in weniger entwickelten Regionen überdurchschnittlich hoch. Hohe Korruption geht - vorbehaltlich vertiefter Erhebungen in allen Regionen - mit industriellen Monokulturen und hoher Abhängigkeit von föderaler Umverteilung einher und trägt so zur Zementierung von Entwicklungsrückständen bei (<<http://www.transparency.org.ru/vse-zavershennye/indeksy-korruptcii-v-rossiiskikh-regionakh>>).

Die Ursachen für die Zunahme regionaler Diskrepanzen scheinen institutioneller Art. Föderale Umverteilung geschieht in Form von Zuschüssen, um Budgetdefizite auszugleichen, durch direkte Budgetsubventionen, Investitionsfonds und durch zweckgebundene Transferleistungen (<<http://base.garant.ru/12112604/18/#ixzz2xjkhjXy>>). Die Umverteilungsschlüssel sind in hohem Maße intransparent. Häufig legen die acht Föderalbezirke und die einzelnen Regionen ihre Entwicklungspläne getrennt auf und nutzen unterschiedliche Kennziffern. Maßnahmen sind deshalb isoliert oder fragmentiert. In die Modernisierung der Infrastruktur wurde mit Ausnahme der olympischen Spiele in Sotschi oder der Nord Stream-Pipeline wenig investiert. Darüber hinaus gehen seit 2013 die Investitionen in Bauvorhaben, Finanzdienstleistungen, Transport und Kommunikation dramatisch zurück. Die Einnahmen der Regionalhaushalte schrumpfen; zudem nimmt der Umfang der föderalen Transfers seit 2009 ab, die Anzahl der »bezuschussten« Regionen ist mittlerweile auf 70 gestiegen. Überschuldete Regionalbudgets zwingen die Regionen zur vermehrten Kreditaufnahme. Infolgedessen ändert sich in Bezug auf die nötige Diversifikation von Mono-Unternehmen und Mono-Regionen nur wenig. Das eigens für die Entwicklung des Fernen Ostens geschaffene Ministerium für Entwicklung des Fernen Ostens hat seinen Zweck selbst nach offizieller Einschätzung nicht erfüllt.

Kontrolle übt die Zentralregierung durch die Zentralisierung von Kompetenzen, durch administrative

Aufsicht, durch föderale Transfers, durch einen bilateralen Verhandlungsmodus, vor allem aber über die Personalpolitik aus. Starke Gouverneure demonstrierten bis in die erste Putin-Administration hinein (2000–2004) regionale Autonomie und Lobbyismus gegenüber dem Zentrum. Doch infolge der Ernennung der Gouverneure ab 2004 ist nun die Fähigkeit, politische Unterstützung für Putin zu mobilisieren, entscheidend für das Überleben als Gouverneur geworden. Das Fehlen von regionalen Parteien und die Kontrolle des Kreml über die Parteienregistrierung und den Parteienwettbewerb schränken den innerregionalen Wettbewerb ein, die Gouverneure verbinden sich überwiegend mit der »Partei der Macht« (Einiges Russland). Derweil hat die Zahl der Gerichtsverfahren gegen Gouverneure in den 2000er Jahre um ein Vielfaches zugenommen, mit einem Abschreckungseffekt als Folge. Die exzessive Konzentration von Kompetenzen in der Zentralregierung – und das bei gleichzeitiger Unterfinanzierung der mandatierten Aufgaben der Regionen – erleichtert es den Regionalverwaltungen, die Verantwortung für eine schlechte Wirtschaftsbilanz auf die Zentralregierung abzuschieben, gleichzeitig werden sie jedoch von der Moskauer Regierung und der örtlichen Bevölkerung für Leistungsdefizite zur Rechenschaft gezogen.

Der regionale Regimetyp beeinflusst das Wachstum. Demokratischere Regime passen sich insgesamt besser an den Marktwettbewerb an und offerieren öffentliche Dienstleistungen effektiver, freilich zum Preis hoher Einkommensungleichheit. Demokratischere Regime zeichnen sich durch höhere Durchschnittseinkommen aus; sie reduzieren damit Armut und soziale Abhängigkeit; zudem entwickeln sich Kleinunternehmen dort vorteilhafter. Autokratischere Regimes blockieren hingegen ökonomischen Wettbewerb, agieren protektionistisch, konsultieren sich weniger mit Unternehmen und verhalten sich wie extraktive Rentierstaaten. Da ethnische Regionen im Schnitt autokratisch regiert werden, kann deren Rückständigkeit auch mit der Autokratie erklärt werden.

Politische Reaktionen

Als vorrangige Ziele der Regionalpolitik werden die Verbesserung der kommunalen Wohnungspolitik, die Befriedung der ethnischen Konflikte, die Transparenz des Finanzausgleichs, eine Ausweitung der Einnahmequellen der Regionen und die Erschließung und Entwicklung der Infrastruktur, der Märkte und des Tourismus im hohen Norden sowie im Fernen Osten erklärt. Betrachtet man die zahlreichen Strategiepapiere des Ministeriums für regionale Entwicklung, dann gelten jedoch die Entwicklung von Bildung und Wissenschaft, von Kultur und Tourismus, des Gesundheitswesens, des Sozialwesens,

die Sicherung der Renten und schließlich die Energieeffizienz als Prioritäten. Als strategische Regionen werden der Ferne Osten und die arktische Region ausgemacht.

Die Zentralregierung erkennt durchaus, dass für die Regionalentwicklung Steueranreize geschaffen werden und die Kompetenzen zwischen Zentrum und Regionen abgegrenzt werden müssen. Die Finanzbeziehungen sollen weniger auf politischem Opportunismus, sondern auf Regeln und einer kontinuierlichen Bewertung der Regierungseffizienz basieren. Nötig seien gezielte föderale Entwicklungsprogramme. Doch vor einer Dezentralisierung von Kompetenzen und höherer Eigenverantwortung gegenüber den zentralstaatlichen Aufsichtsorganen, wie es von vielen Gouverneuren gefordert wird, schreckt die Moskauer Regierung zurück.

Schlussfolgerungen

Die Machtbeziehungen zwischen Zentrum und Regionen haben sich unter Putin fundamental geändert. Loyalität gegenüber Putin, die sich in Wählerstimmen für Putin bzw. seine »Partei der Macht« ausdrückt, und die Fähigkeit, Sozialproteste zu unterbinden, erhöht die Überlebenschancen als Gouverneur. Es sind gerade die autokratischen Regime in den ärmeren ethnischen Gebietseinheiten und in der rückständigen Peripherie, die hohe Wählerzustimmung für Putin hervorbringen. Manche Gouverneure beneiden die Konfliktregionen im Nordkaukasus, weil ethnische Gewalt auch höhere Transferleistungen nach sich zieht.

Die Politik der Zentralisierung unter Präsident Putin gründet auf hoher Umverteilungsmacht; der Zentralismus stößt jedoch an seine Grenzen, wenn die Budgetmittel für die Subventionierung der Regionen abnehmen, die Regionen ihre mandatierten Aufgaben nicht finanzieren können, gleichzeitig aber die Möglichkeiten eigener Steuererhebung durch den Steuerzentrismus eingeschränkt sind. Seit 2008 verschulden sich die Regionen zunehmend; sie geraten in Abhängigkeit von

föderalen Zuwendungen. Das gilt mittlerweile selbst für traditionelle Geberregionen wie Tatarstan. Die Hauptsorge der Zentralregierung scheint vor diesem Hintergrund auf sozialen Unfrieden gerichtet zu sein, denn seit 2012 sind in den Regionen zunehmend Proteste gegen steigende Preise bei kommunalen Dienstleistungen zu beobachten, in jüngerer Zeit vor allem in den Städten Barnaul (Region Altai), Murmansk, Nowosibirsk und Pensa. Auch im Nordkaukasus lässt sich die Rekrutierung von Jugendlichen für islamistische Gruppen auf hohe Arbeitslosigkeit, Verteilungskämpfe zwischen marginalisierten ethnischen Gruppen (etwa den Nogaiern und den Völkern Dagestans) und auf den Unmut über grassierende Korruption zurückführen.

Bisher verhindern ein voluntaristischer Politikstil und die Rückkehr zu Modellen sowjetischer Regionalplanung eine Modernisierung rückständiger Regionen. Es ist vor allem die Konzentration exekutiver Macht in einem bürokratischen Staat, die Innovation, die Mobilisierung von Wachstumskräften und die Inkorporation neuer sozialer Gruppen verhindert. Wenn ein Mehr an Pluralismus, innerregionalem Wettbewerb, an Konsultation mit Unternehmern und Offenheit gegenüber Investoren höheres Wachstum in leistungsstarken Regionen erklärt, dann wären gute Regierungsführung und Demokratisierung der Schlüssel zum Erfolg. Regionaladministrationen sehen sich indes unter dem permanenten Druck föderaler Kontrollorgane, und ehe sie etwas falsch machen könnten, unternehmen sie oft lieber nichts. Die letzten Jahre haben Sollbruchstellen im Föderalismus à la Putin deutlich gemacht: Modernisierungshemmnisse infolge exzessiver Kontrolle, durch mangelnde Kompetenzabgrenzung und aufgrund von Steuerzentrismus und Subventionsabhängigkeit. Je weniger der Zentralstaat umverteilen kann, umso größer wird indes der Druck auf die Regionalverwaltungen und umso prononcierter wird deren Ruf nach regionaler Handlungsautonomie zu hören sein.

Über den Autor

Dr. Andreas Heinemann-Grüder lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn und ist Abteilungsleiter am Georg-Eckert-Institut in Braunschweig.

Lesetipps

- Gel'man, Vladimir: Regime Transition, Uncertainty and Prospects for Democratisation: The Politics of Russia's Regions in a Comparative Perspective, in: *Europe-Asia Studies*, 51.1999, S. 939–956
- Giannias, Dimitrios; Liargovas, Panagiotis; Chepurko, Yuri: Regional Disparities as Barriers to Transition to a Market Economy: The Russian Experience, in: *The Journal of Developing Areas*, 38.2005, Nr. 2, S. 55–70.
- Gimpelson, Vladimir: Economic Reforms in Russia. Working Paper, Economic Reforms and Cooperation Partner Countries Conference, London. 1995.
- Golosov, Grigorij V.: The Roots of Electoral Authoritarianism in Russia, in: *Europe-Asia Studies*, 63.2011, Nr. 4, S. 623–639.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

- International Crisis Group: The North Caucasus: The Challenges of Integration (I). Ethnicity and Conflict [= Europe Report No. 220], Brussels, 19. Oktober 2012.
- Kemoklidze, Nino, Cerwyn Moore, Jeremy Smith, Galina Yemelianova: Many Faces of the Caucasus, in: Europe-Asia Studies, 64.2012, Nr. 9, S. 1611–1624.
- Libman, Alexander: Democracy, Size of Bureaucracy, and Economic Growth: Evidence from Russian Regions. [= Universität Mannheim: Discussion Paper No. 61], April 2009.
- Natalia Zubarevič: Russlands Parallelwelten. Dynamische Zentren, stagnierende Peripherie, in: Osteuropa, Nr. 6–8, 2012, S. 263–278.
- Remington, Thomas F.: The Politics of Inequality in Russia, Cambridge: Cambridge University Press 2011.
- Sharafutdinova, Gulnaz: Subnational Governance in Russia. How Putin Changed the Contract with his Agents and the Problems it Created for Medvedev, in: Publius. The Journal of Federalism, 40.2009, Nr. 4, S. 672–696.
- Silkin, Alexander, Andrei Ivanov, David Nyheim, Ekaterina Tatarinova (INCAS Consulting): Strategic Conflict Assessment North Caucasus, London, 2009.
- Venard, Bertrand: Corruption: An Empirical Research in Russia, in: Journal of Business Ethics, 89.2009, S. 59–76.

ANALYSE

Russlands regionale Wohlstandsdisparitäten

Gunter Deuber, Wien

Zusammenfassung

Der Wohlstand in Russland ist in einigen wenigen Regionen konzentriert. 10–15 der über 80 Regionen sind deutlich reicher als der Landesdurchschnitt, während das Gros der Regionen Russlands durch ein regionales Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf oder ein Einkommensniveau gekennzeichnet ist, das deutlich unter dem Landesschnitt liegen. In den letzten Jahren haben sich die extremen Unterschiede im BIP-pro-Kopf leicht angeglichen. Dieser Trend ist vor allem auf rückläufige Werte in den reichsten Regionen zurückzuführen und weniger darauf, dass die ärmeren Regionen stärker wachsen und aufholen. Die extremen Einkommensunterschiede führen dazu, dass eine Region wie Moskau ein absolutes nominales BIP (in US-Dollar oder Euro) aufweist, das dem eines kleineren wohlhabenden westeuropäischen Landes (wie Österreich oder Schweden) bzw. eines größeren aufstrebenden EU-Landes wie Polen vergleichbar ist. Insofern wird deutlich, warum Russland für viele internationale Firmen – mit einem Fokus auf Moskau und vielleicht noch ein paar weitere reichere Regionen – durchaus ein interessanter Markt ist. Allerdings sollten Wirtschaftstreibende im Land dennoch nicht darüber hinwegsehen, dass die extremen regionalen Wohlstandsunterschiede auch einiges an sozialem und politischem Konfliktpotenzial bergen. Zudem steigt die Verschuldung vieler Regionen – angesichts des starken Fokus der Zentralregierung auf fiskalische Konsolidierung – erheblich. In zwei bis drei Jahren könnten einige Regionen Russlands derart überschuldet sein, dass sie Liquiditäts- und Solvenzprobleme bekommen könnten.

Die Relevanz der Diskrepanz

Die regionalen BIP- und Einkommensdaten Russlands verdeutlichen das Ausmaß der Einkommensdisparitäten zwischen den 85 Föderationssubjekten Russlands (einschließlich der international nicht anerkannten Eingliederung der Republik Krim sowie der Stadt föderaler Bedeutung Sewastopol). Sie bestätigen die Konzentration des Wohlstandes in sehr wenigen Regionen. Gleichwohl lassen die Zahlen auch eine eher vorsichtige Interpretation zu, nämlich einen (langfristigen) Trend zu einer gewissen Annäherung bei den Lebensstandards in

den Regionen Russlands (also der Niveaus von BIP pro Kopf oder Einkommen). Andere Studien hingegen, etwa der OECD oder auch einiger russischer Wissenschaftler, sehen aus längerfristiger Perspektive eher keine fassbare bzw. empirisch belegbare signifikante Angleichung der regionalen BIP- und Einkommensniveaus in Russland, ja teils sogar einen Trend zu steigender Divergenz.

Die Reduzierung der regionalen Einkommensdivergenzen ist sowohl von akademischer als auch von praktischer Relevanz. Bis zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 konnte Russland ein sehr hohes

durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum (ca. 4–6 Prozent) verzeichnen. Das durchschnittliche Einkommensniveau, gemessen als BIP-pro-Kopf für das Gesamtland, ist erheblich gestiegen und hat damit kritische Entwicklungsschwellen überschritten. Einige ökonomische Theorien (etwa die These von Simon Smith Kuznets) würden ab einem bestimmten Entwicklungsniveau erwarten lassen, dass sich auch die sehr ungleichen (regionalen) Einkommen angleichen, bzw. dass sich die erheblichen Einkommensdisparitäten verringern. Dieser Erwartung liegt die Annahme zugrunde, dass sich idealtypischerweise in einem Entwicklungs- bzw. Industrialisierungsprozess mit der Zeit die (regionalen) Einkommensunterschiede in einem Land zunächst verstärken um dann wieder abzunehmen. Traditionelle Konvergenztheorien legen ebenfalls nahe, dass im Falle einer gewissen makroökonomischen Stabilisierung (die in Russland in den letzten Jahren zu beobachten war) gerade deutlich ärmeren Regionen schneller wachsen sollten als reichere Regionen.

Die Diskrepanz der regionalen Lebensstandards in einem stark zentralisierten Flächenstaat wie Russland ist auch eine bedeutsame politische und wirtschaftliche Frage. Für Wirtschaftstreibende in Russland ist ein Verständnis der erheblichen regionalen Einkommensdiskrepanzen und ihrer Implikationen und Trends von beträchtlicher Relevanz, da unterschiedliche Marktsegmente differenzierter regionaler Marktstrategien bedürfen. Ein im sehr wohlhabenden Moskau oder Sankt Petersburg funktionierendes Geschäftsmodell ist nicht unbedingt im Rest des Landes replizierbar. Wirtschaftsakteure, deren Ziel die Erschließung des Binnenmarktes abseits der zwei Megazentren Moskau und Sankt Petersburg ist, müssen prosperierende bzw. aufstrebende Regionen – von denen es einige wenige gibt – von weniger prosperierenden Regionen differenzieren können, um erfolgreich am Markt zu bestehen.

Aus politischer Sicht kann eine zu große regionale Einkommensdisparität zu erheblichen sozialen und innenpolitischen Spannungen führen. Aufgrund der Erwartungen der Bevölkerung – vor allem der ärmeren Bevölkerungsschicht sowie in den ärmeren Regionen – an die staatlichen Steuerungsmöglichkeiten, kann eine sehr hohe regionale Einkommensdisparität sogar als Politikversagen gewertet werden. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass in fast jedem föderalen Staatsgebilde und auch in Russland es ein mehr oder wenig klar definiertes Politikziel einer gewissen Angleichung der regionalen Lebensstandards gibt. Besonders explizit wird das in Russland regelmäßig unter anderem für den Fernen Osten formuliert.

Regionale Wohlstands- bzw. Einkommens-trends

Die Entwicklung der regionalen Wohlstands- und Einkommensverteilung in Russland kann in zwei Phasen

untergliedert werden. Zwischen 1998 und 2006, also vor allem nach dem Ende der tiefen Umgestaltungsrezession der 1990er Jahre (die u. a. in der Wirtschafts- und Finanzkrise von 1998/1999 kulminierte) haben sich die regionalen Einkommensunterschiede zwischen den Regionen Russlands deutlich verstärkt (gemessen am BIP pro Kopf in Rubel). Während das regionale BIP-pro-Kopf in der ärmsten Region im Jahr 1998 noch etwa 6 Prozent des BIP pro Kopf der reichsten Region ausmachte, betrug es 2004 gerade einmal 2,4 Prozent und auch 2006 nur 2,6 Prozent. Seit 2006 hat sich diese Relation dann leicht zu Gunsten der ärmeren Regionen verbessert und lag 2012 wieder knapp über 5 Prozent. Eine gleiche Entwicklung zeigt der Verlauf des regionalen BIP-pro-Kopf in der ärmsten Region im Vergleich zum russischen Landesdurchschnitt auf. Im Jahr 1998 machte diese Kennziffer 20–25 Prozent aus, in den Jahren 2004 und 2006 ist sie bis auf Werte um 15 Prozent abgesunken (in den Jahren 2004 und 2006). Seit dem Jahr 2008 hat diese Kennziffer wieder etwas mehr als 20 Prozent erreicht.

Angesichts der skizzierten Entwicklung im Zeitablauf wird deutlich, dass sich die BIP-pro-Kopf-Divergenz zwischen armen und reichen Regionen Russlands vor allem in den extremen rohstoffgetriebenen Boomjahren auseinanderbewegt hat, während sie vor allem seit den Krisenjahren 2008/2009 und auch gegenwärtig wieder etwas zurückgeht. Dieser jüngste Trend der Angleichung wird allerdings hauptsächlich durch BIP- bzw. Wohlstandsverluste in den reichsten Regionen beeinflusst, die stärker von Finanzmarkturbulenzen und damit auch dem Verfall von Rohstoff- und Vermögenswertpreisen betroffen sind; es handelt sich hier weniger um signifikante BIP-Zuwächse (also ein Aufholen) in den Regionen mit sehr niedrigen BIP-pro-Kopf Niveaus. Das aktuelle Umfeld der gesamtwirtschaftlichen Schwäche (2014 wird ein Jahr der gesamtwirtschaftlichen Stagnation, vorwiegend durch rückläufige Investitionen getrieben) sowie der jüngste Druck auf Vermögenswertpreise in Russland könnte erneut besonders die wohlhabenden Regionen betreffen und damit rein statistisch die weniger entwickelten Regionen im Vergleich zu diesen etwas besser dastehen lassen. Wobei dies dann wieder kein nachhaltiges Aufholen der ärmeren Regionen wäre, sondern lediglich ein Folgeeffekt der Risiken der einseitigen Wirtschaftsstruktur und extremen Wohlstandskonzentration in Russland.

Regionale Auffächerung und Einkommensniveau im internationalen Vergleich

Die extreme Kennzahl der Unterschiede zwischen ärmster und reichster Region in Russland ist verzerrt durch Extremwerte in beide Richtungen. Die Extreme nach

oben werden vor allem durch die Metropolregion Moskau sowie einige Rohstofffördergebiete im Ural und im Fernen Osten (Gebiete Magadan, Sachalin und Tjumen, die Republiken Komi und Republik Jakutien (Sacha), der Autonome Bezirk der Tschuktschen) dargestellt; während zu den die Extremen nach unten Provinzen wie die Republiken Dagestan, Tywa, Adygeja, Altai, Inghuschetien, Nordossetien-Alanien, Tschetschenien und Kabardino-Balkarien und das Gebiet Iwanowo gehören.

In absolute Einkommensniveaus übersetzt bedeuten die zuvor skizzierten extremen Wohlstandsdiskrepanzen: Das Pro-Kopf-BIP von 2012 in den wenigen sehr wohlhabenden Regionen Russlands (zu Kaufkraftparitäten) lag etwa auf dem durchschnittlichem Niveau der EU (etwa 30.000 US-Dollar), in einzelnen Rohstoffregionen werden sogar Werte von 40.000 US-Dollar oder mehr erreicht, während das rechnerische durchschnittliche Pro-Kopf-BIP der restlichen Regionen Russlands 2012 im Schnitt etwa auf dem Niveau eines Landes wie Ägypten oder der Ukraine lag (bei 4.000 bis 6.000 US-Dollar). Die ärmsten Regionen Russlands (beispielsweise Dagestan, Nordossetien-Alanien, Tywa) weisen natürlich noch geringere Werte (um die 2.000 US-Dollar) auf. An Hand der skizzierten Wohlstandsniveaus wird auch deutlich, dass eine Region wie Moskau (mit rund 11 Millionen Einwohnern) ein absolutes nominales BIP (in US-Dollar oder Euro) aufweist, das mit dem eines kleineren wohlhabendenden westeuropäischen Landes wie Österreich, Belgien oder Schweden bzw. mit dem eines größeren aufstrebenden EU-Landes wie Polen zu vergleichen ist. Insofern wird auch deutlich, warum Russland für viele internationale Firmen, mit einem Fokus auf Moskau und ggfs. noch ein paar weitere reichere Regionen, durchaus ein sehr interessanter Markt ist – trotz der erheblichen Einkommensunterschiede zum Rest des Landes. Zumal die deutliche Neigung zum demonstrativen Konsum und damit hochpreisigen Gütern in Moskau höher ist als in Österreich oder Schweden.

Ein breiterer Ansatz zur Messung regionaler Unterschiede beim Pro-Kopf-BIP bestärkt das Bild. Das durchschnittliche BIP pro Kopf der fünf ärmsten Region liegt in Relation zu den fünf reichsten Regionen ebenfalls nur bei etwa 9 Prozent, das durchschnittliche BIP pro Kopf der zehn ärmsten Region liegt in Relation zu den zehn reichsten Regionen bei nur etwa 15 Prozent. Die Einkommensdisparitäten in Russland sind auch im internationalen Vergleich sehr hoch. Das Verhältnis des BIP pro Kopf in der ärmsten und reichsten Landesregion liegt in kaum einem anderen bedeutenden aufstrebenden Land auf so niedrigem Niveau wie in Russland. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass eine komplexere statistische Maßzahl wie der regionale Gini-Koeffizient, der

die Schere zwischen reichen und armen Regionen misst, in Russland auf dem höchsten Niveau im Vergleich zu anderen (aufstrebenden) Ländern vergleichbaren Entwicklungsstandes liegt. In einer umfassenden Vergleichsstudie der OECD weist Russland für 2007 einen Gini-Koeffizienten von 0,47 auf (der Gini-Koeffizient liegt zwischen 0 und 1, wobei 0 eine Gleichverteilung bedeutet und 1 eine extreme Ungleichverteilung). Alle möglichen Vergleichsländer – mit teils deutlich niedrigeren Einkommensniveaus – weisen Werte unter 0,40 auf: Indien mit 0,39, Mexico mit 0,38, China und Brasilien mit 0,3 oder die Türkei und Südafrika mit Werten von 0,25 und 0,24. Zum Vergleich: In Deutschland liegt der regionale Gini-Koeffizient bei 0,12. Auch in einem Rohstoffland wie Chile, das von extremen sozialen und regionalen Ungleichheiten geprägt ist, liegt der regionale Gini-Koeffizient bei 0,35. Mit anderen Worten: Auf dem aktuellen Einkommensniveau sollte der regionale Gini-Koeffizient Russlands signifikant niedriger liegen, etwa im Bereich von 0,3 bis 0,35. Zumal sich der regionale Gini-Koeffizient in Russland im Zeitraum von 2000 bis 2007/2010 (wo es die letzten verlässlichen vergleichbaren internationale Daten hierzu gibt) tendenziell verschlechtert hat.

Weiterhin extreme Einkommensunterschiede – nicht nur zwischen den Regionen

Die extreme Konzentration des Reichtums in Russland an wenigen Orten wird auch deutlich, wenn man die Bevölkerungsanteile der Regionen in Relation zu ihrem Anteil am (aggregierten regionalen) BIP Russlands setzt. In der Hauptstadt Moskau leben ca. 8 Prozent der Bevölkerung Russlands (bzw. befinden sich knapp unter 8 Prozent der Haushalte), während das regionale BIP Moskaus knapp über 20 Prozent des BIP Russlands ausmacht. Damit liegt das regionale Pro-Kopf-BIP Moskaus bei etwa 270 Prozent des Landesdurchschnitts Russlands und das Medianeinkommen in Moskau bei hohem 220 Prozent des Medianeinkommens aller Regionen in Russland. Das regionale Medianeinkommen berücksichtigt, im Gegensatz zum regionalen BIP pro Kopf auch Transferleistungen, die von Moskau an die regionalen Haushalte geleistet werden. Daher liegt das Medianeinkommen in den wirtschaftlich schwächeren Regionen, in Relation zum Landesdurchschnitt, meist über dem regionalen BIP pro Kopf (in Relation zum Landesdurchschnitt). Daher sind die regionalen Diskrepanzen in Russland – gemessen am regionalen Medianeinkommen – etwas geringer als beim regionalen BIP pro Kopf. Zudem ist, rein statistisch gesehen, das Medianeinkommen einer Region weniger abhängig von einzelnen Ausreißern innerhalb der Regionen. Die

Zahlen zeigen auch, dass ein Teil der außerordentlichen regionalen wirtschaftlichen Divergenzen in Russland partiell (noch) über Transfers ausgeglichen werden. Die regionalen Diskrepanzen bei weiteren praxisrelevanten Wirtschaftsindikatoren (z. B. bei Pro-Kopf-Umsätzen im Einzelhandel) bleiben trotz Transfers jedoch hoch. Die Niveaus von 270 Prozent des Pro-Kopf-BIP in Moskau im Vergleich mit dem Landesdurchschnitt (bzw. 212 Prozent und 204 Prozent für das Medianeinkommen und die Einzelhandelsumsätze im Vergleich zum Landesdurchschnitt) verweisen nochmals auf die extreme Wohlstandskonzentration dort. Letztere spiegelt in gewisser Weise auch eine extreme »Lohninflation« wider. Beispielsweise verdienen leitende Angestellte bei westlichen Firmen in Moskau oft ein Vielfaches ihrer Kollegen in anderen, auch deutlich wohlhabenderen Ländern.

Bereits die extreme Konzentration in Moskau impliziert, dass es unter den 30 bevölkerungsreichsten Regionen nur noch in vier weiteren Regionen der BIP-Anteil über dem Bevölkerungsanteil liegt. Für den Rest der über 70 Regionen Russlands liegt der BIP-Anteil teils mehr oder weniger deutlich unter ihrem Bevölkerungsanteil. Damit ergibt sich in Bezug auf die regionale BIP-Verteilung Russland ein dramatisches Bild. Über 50 Prozent der Regionen (also etwa 40 Regionen) haben ein regionales Niveau des BIP pro Kopf, das nur bei etwa 50–70 Prozent des Landesdurchschnitts liegt, während zehn bis elf Regionen ein extrem überdurchschnittliches regionales BIP aufweisen. Insgesamt weisen 64 Regionen Russlands ein regionales BIP unter dem Landesdurchschnitt auf, 18 Regionen ein BIP über dem Landesmittel. Hier sind 82 Regionen berücksichtigt, für die es verlässliche langfristige Zeitreihen für wichtige wirtschaftliche Indikatoren gibt, darunter für die im nachfolgenden angestellten Vergleiche. So gibt es für den autonomen Bezirk der Chanten und Mansen sowie den Jamal-Nenzen und für die Region Kamtschatka keine verlässlichen langfristigen Zeitreihen. Das ist zum Teil durch administrative Umgliederungen bedingt.

Die regionalen Daten zu den Pro-Kopf-Einzelhandelsumsätzen sind von nahezu der gleichen regionalen Disparität geprägt wie die Daten zum BIP pro Kopf. Gemäß den Daten für 2012 weisen 66 Regionen Russlands Einzelhandelsumsätze unter dem Landesdurchschnitt auf, und nur 16 über dem Landesmittel. Das erscheint schlüssig, denn erst ab der Befriedigung eines gewissen Basiskonsums werden dann höherpreisige Angebote nachgefragt, während in anderen Regionen die Einzelhandelsumsätze kaum über den Basiskonsum hinausgehen. Allerdings ist bei den Einzelhandelsumsätzen pro Kopf die absolute Differenz zwischen ärmeren und reicheren Regionen immerhin etwas geringer als beim BIP pro Kopf, was gewisse ausgleichende Effekte

(etwa über Transferleistungen) nahelegt. Das skizzierte Bild zeigt sich auch daran, dass beim BIP pro Kopf die Regionen mit einem Wert unter dem Landesmittel eine durchschnittliche Differenz von 30 Prozentpunkten zum Durchschnitt aufweisen; beim Median-Einkommen beträgt der Wert 13 Prozentpunkte, beim Pro-Kopf-Einzelhandelsumsatz jedoch liegt die Differenz zum Landesdurchschnitt wieder bei 24 Prozentpunkten. Die regionalen Minimalwerte im Vergleich zum Landesdurchschnitt liegen beim BIP pro Kopf bei etwa 20 Prozent oder darunter, beim Median-Einkommen bei 60 Prozent und beim Pro-Kopf-Einzelhandelsumsatz bei knapp 20 Prozent oder leicht darüber.

Gründe für den Verlauf der Divergenzen

Insgesamt sind die extremen regionalen Disparitäten in Russland teils einer durchaus plausiblen historischen und geographisch bedingten Konzentration geschuldet. Hier wäre die Konzentration der Rohstoffförderung im Uralgebiet zu nennen, die Konzentration der Bevölkerung im europäischen Teil Russlands (etwa 70 Prozent der Bevölkerung leben auf 25 Prozent der Landfläche, und das vorwiegend in westlichen Landesteilen) oder die Konzentration der Administration und des Geschäftslebens in Moskau. Allerdings darf das äußerst schwache Aufholen der weniger entwickelten Regionen Russlands über die letzten Jahre auch nicht den Blick darauf verstellen, dass es offenbar tiefere wirtschaftsstrukturelle und institutionelle Gründe für die erheblichen Einkommensdisparitäten in Russland gibt – sowohl zwischen den Regionen als auch innerhalb der Regionen. Die bis dato wenig erfolgreiche Diversifizierung und Modernisierung der russischen Wirtschaft ist sicher nicht förderlich für eine breitere Konvergenz der regionalen Wohlstandsniveaus (die Renten aus dem Rohstoffsektor haben in der Regel nur sehr geringe breitere ökonomische Abstrahleffekte innerhalb einer Region und auf die Nachbarregionen, etwa für weitere Investitionen in anderen Sektoren). Zudem behindern sicher auch allgemeine institutionelle Schwächen in Russland eine breitere Verteilung des Wohlstandes. Wichtige öffentliche Güter (wie Infrastruktur, Bildung) werden weder effizient noch gleichmäßig in den Regionen bereitgestellt.

Der Trend der zunehmenden und dann wieder abnehmenden regionalen Einkommensdivergenz in Russland ist nicht unbedingt durch einen strukturellen Weiterentwicklungsprozess geprägt, wie er durch zunehmende Modernisierung und Industrialisierung zu begründen wäre (wie es etwa die Kuznets-These unterstellt). Vielmehr kann die Entwicklung eher durch ein seit 2008/2009 absolut und relativ zurückgehendes Einkommensniveau in den (Rohstoff-)Boomregionen erklärt werden, wodurch die ärmsten Regionen zumin-

dest statistisch aufholen konnten. Die ärmeren Regionen haben sich dennoch nicht weiterentwickelt. Hervorzuheben ist in diesem Kontext, dass die schwache regionale BIP- und Einkommensentwicklung im Vergleich zum landesweiten Trend nicht nur auf einzelne benachteiligte »Randregionen« in Russland begrenzt ist. Unter den 30 bevölkerungsreichsten Regionen Russlands, also Regionen mit zumindest jeweils einem Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung, gibt es etliche Regionen die eine deutlich unterproportionale Entwicklung im Vergleich zu den reichsten Regionen bzw. dem Landesdurchschnitt aufweisen. Unter den Regionen mit einer deutlich unterdurchschnittlichen Entwicklung des BIP pro Kopf befinden sich nicht nur eindeutig (wirtschafts-)historisch oder geographisch ganz periphere Regionen, sondern auch Regionen wie die Gebiete Tula, Rostow, Samara, Saratow, Irkutsk oder Nowosibirsk (zum Teil Regionen die noch heute unter der planwirtschaftlichen Monostrukturproblematik der Sowjetunion leiden, etwa bei der teils extremen Konzentration im Rüstungsbereich).

Institutionelle Reformen sind notwendig

Russland steht in Bezug auf seine regionale Differenzierung vor erheblichen Herausforderungen, die durch die sich abzeichnende kurz- und auch mittelfristig eher schwache makroökonomische Entwicklung noch verschärft werden. Und dennoch: Einige wenige russische Regionen – abseits der traditionellen Wirtschafts- und Rohstoffzentren – weisen eine positivere Entwicklung als der skizzierte Gesamttrend auf. In diesem Kontext wird oft auf Regionen wie die Gebiete Kaluga, Uljanowsk, Nischnyj Nowgorod verwiesen. Die positive Entwicklung von etwa fünf bis maximal zehn Regionen über dem Landesdurchschnitt wird durch ein besseres Wirtschafts- und Investitionsumfeld im Vergleich zum erschreckend schlechten Landesdurchschnitt erreicht. Einige erfolgreiche Regionen weisen geringere administrative Hürden, weniger Korruption und ein überdurchschnittliches Ausbildungs- und Qualifizierungsumfeld auf. Allerdings sind solche regionalen Erfolge mit Vorsicht zu bewerten. Zwar basieren in der Regel die Erfolge in solchen Regionen auf einer engagierten Lokal- bzw. Stadtverwaltung und hier vor allem dem persönlichen Engagement einiger weniger Führungspersonen. Allerdings sind solche Entwicklungen in gewisser Weise die Fortsetzung des personalisierten Politiksystems des Gesamtstaates auf Regionalebene.

Die skizzierten extremen regionalen ökonomischen Disparitäten in Russland werden durch einen auch für das Gesamtland gültigen Trend bestätigt. In Relation zu dem hohen durchschnittlichen Einkommensniveau in Russland (weit über dem in anderen großen aufstrebenden Ländern) ist die institutionelle Qualität des Landes –

was sich in der Regel auch in dem Ausmaß der regionalen Disparität in einem Land zeigt – eher unter dem Niveau in vergleichbaren Volkswirtschaften. Zudem sind die erheblichen regionalen Einkommensdisparitäten in gewisser Weise ein Spiegelbild des extrem zentralisierten politischen Systems des Landes. Denn der Tendenz nach weisen Länder mit einer größeren Verteilung der Macht im Land in der Regel auch ausgeglichene regionale Einkommensverteilungen auf.

Zudem sollte der Bezug zwischen den erheblichen regionalen Einkommensdisparitäten und der zunehmend enttäuschenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Russlands insgesamt nicht vernachlässigt werden. Neuere Forschungsarbeiten des Internationalen Währungsfonds – sicher keine Institution, die vorschnell nach Umverteilung ruft – zeigen klar, dass zu große (regionale) Ungleichheit in einem Land ab einem gewissen Grad die langfristige gesamtwirtschaftliche Entwicklung eines Landes hemmt oder aber ein gewisses Maß an Gleichheit ab einem gewissen Niveau eher stetiges Wachstum fördert.

Die Rolle ausländischer Unternehmen und der Direktinvestitionen

Die zunehmende Expansion einiger klar auf den Binnenmarkt Russlands fokussierter ausländischer Unternehmen in die Regionen widerspricht ebenfalls nicht dem Bild der erheblichen und teils bedenklichen Einkommensdisparitäten in Russland. Meistens fokussieren sich die Regionalstrategien ausländischer Unternehmen eben genau auf sehr wenige weitere Regionen bzw. regionale Zentren. Zumal einige der sich wirtschaftlich besser entwickelnden Regionen Russlands sich eben gerade im Sog des großen Zentrums Moskau entwickeln, was sich (gravitationstheoretisch) hauptsächlich durch Abstrahleffekte und nicht unbedingt nur durch besondere Bedingungen vor Ort erklären lässt. Zumal die Expansion einiger Firmen in weitere Regionen Russlands teils auch der Überpenetration in den ganz großen Ballungsräumen wie Moskau und Sankt Petersburg geschuldet ist. In diesem Kontext gilt zu betonen, dass ca. 40–50 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen in Russland in Moskau und Sankt Petersburg konzentriert sind und diese Standorte weiterhin die größte Attraktivität für Investoren haben, obwohl die Investitionsbedingungen in den wenigen wirtschaftlich erfolgreichen Regionen des Landes zum Teil besser sind.

Hohe Neuverschuldung und Schuldendynamik könnte Regionen überfordern

Bis dato werden die extremen regionalen Unterschiede bei der Wirtschaftskraft der Regionen Russlands (noch) partiell durch Transfers ausgeglichen. Allerdings wird

der (fiskalische) Umverteilungsspielraum in Russland, etwa über Kredite des Zentralstaates an die Regionen, angesichts der makroökonomischen Wachstumsschwäche sowie der klaren politischen Konzentration der Regierung in Moskau auf ein so genanntes »Verwalten« der akkumulierten Puffer auf zentralstaatlicher Ebene (also der Reservefonds und der hohen Devisenreserven, die für Russland wichtige Puffer darstellen) in den kommenden Jahren eher geringer. Dies zeigt sich unter anderem an dem klaren Bestreben, Kredite der Zentralregierung an die Regionen in den kommenden Jahren eher zu reduzieren. Traditionell wäre ja die Fiskalpolitik ein Element zur Behebung der massiven regionalen wirtschaftlichen Disparitäten. Insofern ist es auch nicht überraschend, dass immer mehr Aufgaben in den Bereichen Soziales, Bildung oder Infrastruktur den Regionen übertragen werden, die diese aber teils nicht wirklich schultern können, da ihnen gleichzeitig angemessene Besteuerungsmöglichkeiten oder alternative Einnahmequellen fehlen.

Damit ist allerdings in den letzten Jahren auch die Verschuldung der Regionen Russland – ausgehend von noch niedrigen Niveaus – deutlich gestiegen. Einige der größeren und prosperierenden Regionen (die ca. 30–40 Prozent der Schuldenaufnahme der Regionen repräsentieren) finanzieren ihre Schuldenaufnahme derzeit vorwiegend über auf Rubel lautende Kapitalmarktinstrumente auf dem lokalen Anleihenmarkt (zu meist noch moderaten Konditionen und mit längeren Laufzeiten). Im Gegensatz dazu finanziert sich das Gros der eher kleineren und/oder auch weniger prosperierenden Regionen Russlands (die ca. 60–70 Prozent der Schuldenaufnahme der Regionen repräsentieren) vorwiegend über Bankkredite. Letztere sind in der Regel eher kurzlaufend und weisen schon heute recht hohe Zinsniveaus auf (v.a. im Vergleich zu Krediten der Zentralregierung an die Regionen). Gerade die Verschuldung über kurzfristige Bankkredite birgt im aktuellen Umfeld der Zinsvolatilität und der steigenden Zinsen in Russland für einige Regionen erhebliche kurzfristige Liquiditäts- und Zinsrisiken. Laut Schätzungen aus der Finanzbranche und von Ratingagenturen hat sich die Verschuldung der Regionen Russland seit der Finanzkrise 2008/2009 mehr als verdoppelt, von etwa 35 Milliarden Dollar auf geschätzte 78 Milliarden Dollar zum Jahresende 2013. Und bei Fortführung aktueller Trends könnte die Verschuldung der Regionen Russlands 2015 ein Niveau von 100 Milliarden Dollar überschreiten (immerhin ca. 5 Prozent des BIP Russlands bzw. die Hälfte der Verschuldung des Zentralstaates).

Bei einer Fortsetzung der aktuellen Verschuldungsdynamik könnten in den Jahren 2015 und 2016 nur noch etwa 15–20 von 83 Regionen in der Lage sein,

ohne signifikante ad-hoc-Zuschüsse der Zentralregierung oder Schuldenstreckungen ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Angesichts des 2014 zu erwartenden Einbruchs bei der Unternehmensbesteuerung, die im Schnitt etwa 25 Prozent des Einkommens der Regionen ausmacht, könnte 2014 allerdings wieder eine finanzielle ad-hoc-Unterstützung einiger Regionen notwendig werden. Eine regionale Fiskalpolitik aber, die vor allem auf kurzfristige Bankkredite (oft durch Staatsbanken) und ad-hoc-Kredite der Zentralregierung (die im Schnitt etwa 20 Prozent der Einnahmen der Regionen ausmachen) setzt, wobei letztere oft in einer eher intransparenten und wenig institutionalisierten Weise vergeben werden, erscheint zudem nicht als sinnvoller Rahmen, um eine nachhaltige regionale Ressourcen(um)verteilung zu organisieren.

Die zunehmende Verschuldung der Regionen Russlands ist auch – über die reine Verschuldungsproblematik hinaus – von breiterer ökonomischer Relevanz, da gerade die Regionen selbst durch Investitionen Teile der Engpässe zur weiteren ökonomischen Entwicklung des Gesamtlandes schließen müssten, aber viele Regionen dies in Zukunft wohl immer weniger leisten können. Angesichts der zunehmenden laufenden Finanzierungserfordernisse russischer Regionen könnte auch das Verbot der Finanzierung auf den internationalen Kapitalmärkten aufgehoben werden (die Möglichkeit der Aufnahme von Auslandsschulden wurde den Regionen als Folge der Finanzkrise 1998/1999 größtenteils genommen). Diese Bestrebung ist vor allem vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Regionen Russlands auf den internationalen Kapitalmärkten Gelder zu etwas niedrigeren Zinsen und mit längeren Laufzeiten als auf dem lokalen Markt erhalten könnten. Wobei die Vorgaben für vorgeschlagene Kriterien zur Erlaubnis der Aufnahme von Auslandsschulden auf regionaler Ebene (v.a. der Besitz einer Bonitätseinschätzung auf dem Niveau Russlands, was ja eben gerade durch die Puffer der Zentralregierung gestützt wird) derart strikt sind, dass wohl nur fünf oder sechs der 85 Regionen hierfür in Frage kommen könnten. Damit könnte sich die Diskrepanz zwischen den bereits entwickelten Regionen und dem Rest des Landes mit dieser Maßnahme sogar noch weiter verstärken. Zumal reichere Regionen für die kommenden Jahre gegebenenfalls einiges an Privatisierungspotenzial haben, was für die weniger entwickelten Regionen nicht gilt.

Insgesamt kann die Neuverschuldung in den Regionen Russland in Bezug auf ihre Geschwindigkeit (noch nicht ihre Niveaus) schon in den kommenden Jahren zunehmend problematisch werden, da natürlich auf absehbare Zeit dann auch Anschlussfinanzierungen benötigt werden. Ferner erhöht die Finanzierung über

kurzfristige Bankkredite die Abhängigkeit der Regionen von ihren Kreditgebern – oft die großen Staatsbanken –, was durchaus ein politisches Element beinhalten kann; dies gilt besonders im Kontext des für 2014 zu erwartenden deutlichen Wirtschaftsabschwungs; letzterer wird die Einnahmeseite der Regionen (etwa über die Unternehmensbesteuerung) nochmals schwächen. Hier gilt zu beachten, dass auch im Kontext der schwierigen wirtschaftlichen Situation in den Jahren 2008/2009 sich die Zentralregierung in Moskau (direkt oder indirekt) über intransparente ad-hoc-Finanzhilfe zunehmenden Einfluss auf regionaler Ebene verschafft hat.

In Bezug auf die zunehmende Verschuldung der Regionen Russlands ist auch zu beachten, dass die oft auf »Einmaleffekte« (etwa durch Großereignisse) abzielende Politik der Zentralregierung erhebliche Finanzierungs- und vor allem Erhaltungsausgaben für die Regionen impliziert. So sind die Schuldenausgaben einer Region wie Krasnodar unter anderem durch die Winterolympiade von etwa 3 Prozent der Einnahmen im Jahr 2009 auf etwa 50–60 Prozent in 2013 gestiegen. Exemplarisch wurden viele der Olympia-Ausgaben über die staatliche »Wneschekonombank« (VEB) finanziert und einige dieser Engagements werden derzeit schon umstrukturiert. Eine ähnliche Entwicklung wie durch Sotschi in den letzten Jahren droht nun in den elf Austragungsorten (bzw. -regionen) der Fußball-Weltmeisterschaft in vier Jahren (wo Sotschi wieder dabei sein wird). Sollte die Fußball-Weltmeisterschaft annäherungsweise so viel kosten wie vergleichbare Ereignisse in anderen Ländern, könnten Ausgaben zwischen 40–100 Milliarden Dollar anfallen, wovon dann voraussichtlich etwa 30–50 Prozent von den Regionen gestemmt werden müsste. Damit könnte die Fußball-Weltmeisterschaft 2018 die Verschuldungsproblematik in den Regionen Russlands noch weiter verschärfen.

Politische und ökonomische Implikationen hoher Einkommensdisparität

Wie im vorliegenden Beitrag dargestellt, sind Russlands Regionen von extremen Disparitäten beim regionalen BIP pro Kopf geprägt, was zum Teil dann über Transfers leicht ausgeglichen wird, sich aber dennoch in relevanten ökonomischen Variablen (wie etwa den regionalen Pro-Kopf-Einzelhandelsumsätzen) zeigt. Hier liegen die Niveaus der Disparitäten nahe bei denen für die BIP-pro-Kopf-Werte. Die extremen Einkommensunterschiede in Russland haben alles andere als triviale (sozio-) ökonomische und politische Implikationen. Einerseits ist das Einkommensniveaus in den wenigen prosperierenden Zentren und Regionen auf einem extremen Niveau in Relation zum Entwicklungsstand des Landes. Dies kann für Wirtschaftsakteure, die auf diese Kaufkraft abzielen,

durchaus von Interesse sein. Allerdings können Marktauftritte und Marktstrategien, die in den wirtschaftlichen Zentren Russlands funktionieren, nicht einfach in weitere Regionen übertragen werden. Zudem entsteht durch die teils sehr hohen Einkommens- und Lohnniveaus in wenigen Regionen ein genereller Lohndruck, zumindest in an die prosperierenden Zentren und Regionen angrenzende Regionen, der für die wirtschaftliche Entwicklung des Gesamtlandes abträglich ist. Lohnsteigerungen spiegeln zum Beispiel nicht die Produktivitätszuwächse wieder. Zudem erschweren die extremen wirtschaftlichen und sozio-ökonomischen Disparitäten zunehmend die Anschlussfähigkeit der weniger entwickelten Regionen bzw. deren Bevölkerung an die deutlich weiter entwickelten Regionen und die dort lebende Bevölkerung. So liegt die Lebenserwartung in wohlhabenden Regionen wie Moskau oder Sankt Petersburg derzeit schon bei über 70 Jahren, während sie in den ärmeren Regionen des Landes eher bei knapp über 50 Jahren liegt. Auch die Arbeitsmarkterfordernisse in Moskau oder den wenigen weiteren aufstrebenden Regionen Russland (etwa in Bezug auf geforderte IT-Kenntnisse, Fremdsprachenniveau oder generelle Arbeits- und Lebenseinstellung) sind mittlerweile so, dass sie viele Bewohner aus den weniger entwickelten Regionen Russlands nicht mehr erfüllen können. Das limitiert die interregionale Mobilität zunehmend, was dann immer mehr auch sehr limitierte intergenerationale Aufstiegschancen bedeutet; das ist ein klassischer Effekt einer sehr ungleichen regionalen Einkommens- und Wohlstandsverteilung. Damit bergen die skizzierten gewichtigen sozioökonomischen regionalen Divergenzen in Russland erhebliches politisches Mobilisierungspotenzial, das bis dato in dem politisch sehr konzentrierten Staat noch kaum genutzt wird.

Abschließend ist in Bezug auf politische Implikationen auch klar darauf zu verweisen, dass auch die wenigen wirtschaftlich erfolgreicherer Regionen Russlands, trotz eines besseren institutionellen Umfelds als im Landesschnitt, vermutlich nur im bestehenden politischen System reüssieren können. Damit erscheint es fraglich, ob die Regionen Russlands wirklich als Motor der Modernisierung bzw. des politischen und gesellschaftlichen Wandels betrachtet werden können. Dieser Aspekt ist von Relevanz, da es in den letzten Jahren einige Ansätze in diese Richtung gab, etwa bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) oder im Rahmen des »World Economic Forum«, die sich beide, teils auch mit einer solchen Intention, den erfolgreichen Regionen Russlands in besonderer Weise zugewandt haben.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Gunter Deuber leitet in Wien die volkswirtschaftliche Osteuropaanalyse bei der Raiffeisen Bank International AG, einer der größten in Russland und damit nicht nur in Moskau tätigen Auslandsbanken. Der vorliegende Beitrag repräsentiert die persönliche Auffassung des Autors und nicht notwendigerweise die der Raiffeisen Bank International.

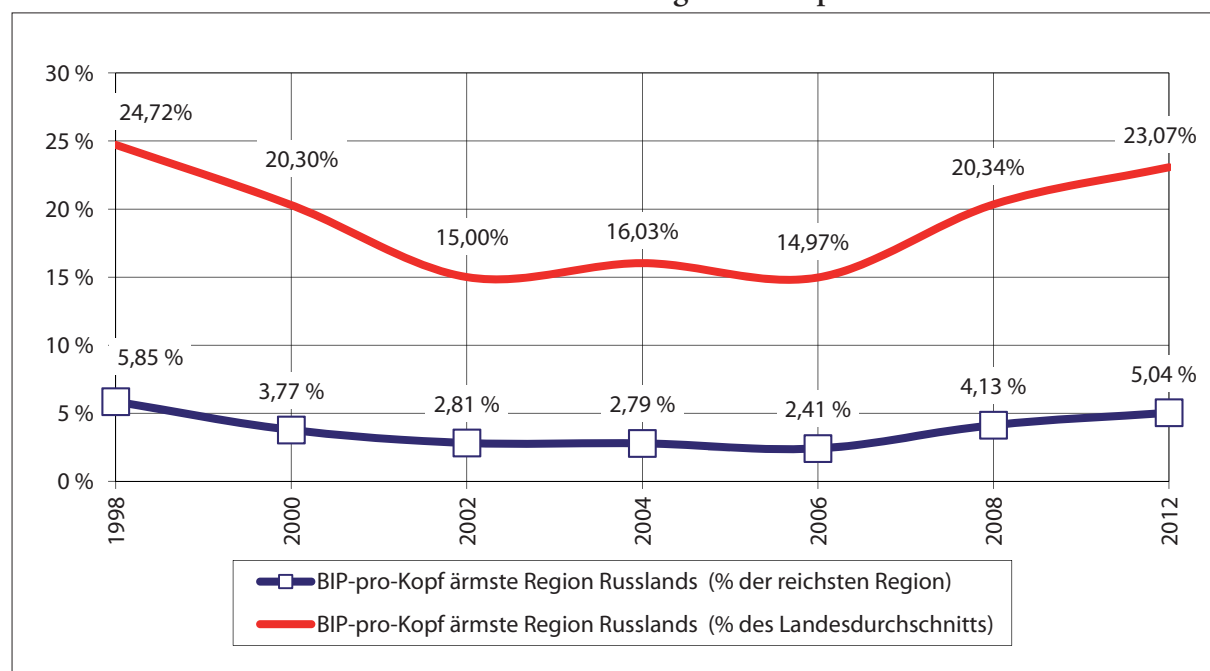
Lesetipps

- Ahrend, Rudiger: Understanding Russian Regions' Economic Performance during Periods of Decline and Growth. An Extreme Bound Analysis Approach, in: Economic Systems, 36.2012, Nr. 3, S. 426–443;
- EBRD: Diversifying Russia. Harnessing regional diversity, Chapter 4: Improving the business environment in Russia's regions, London, 2013, S. 42–49; <<http://www.ebrd.com/downloads/research/economics/publications/specials/diversifying-russia.pdf>>
- Guriev, Sergei, Elena Vakulenko: Convergence between Russian Regions [= CEFIR Working Papers No. 180], 2012;
- International Monetary Fund: Redistribution, Inequality and Growth. IMF Staff Discussion Note, Februar 2014;
- Kholodilin, Konstantin A., Aleksey Y. Oshchepkov, Boriss Siliverstovs: The Russian Regional Convergence Process: Where is It Leading? in: Eastern European Economics, 50.2012, Nr. 3, S. 5–26;
- Lehmann, Hartmut, Maria Giulia Silvagni: Is There Convergence of Russia's Regions? Exploring the Empirical Evidence, 1995–2010 [= OECD Economics Department Working Papers No. 1083], 2013;
- Yakovlev, Evgeny, Ekaterina Zhuravskaya: The Unequal Enforcement of Liberalization. Evidence from Russia's Reform of Business Regulation, in: Journal of the European Economic Association, 11.2013, Nr. 4, S. 808–838;

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Wirtschaftliche Unterschiede russischer Regionen

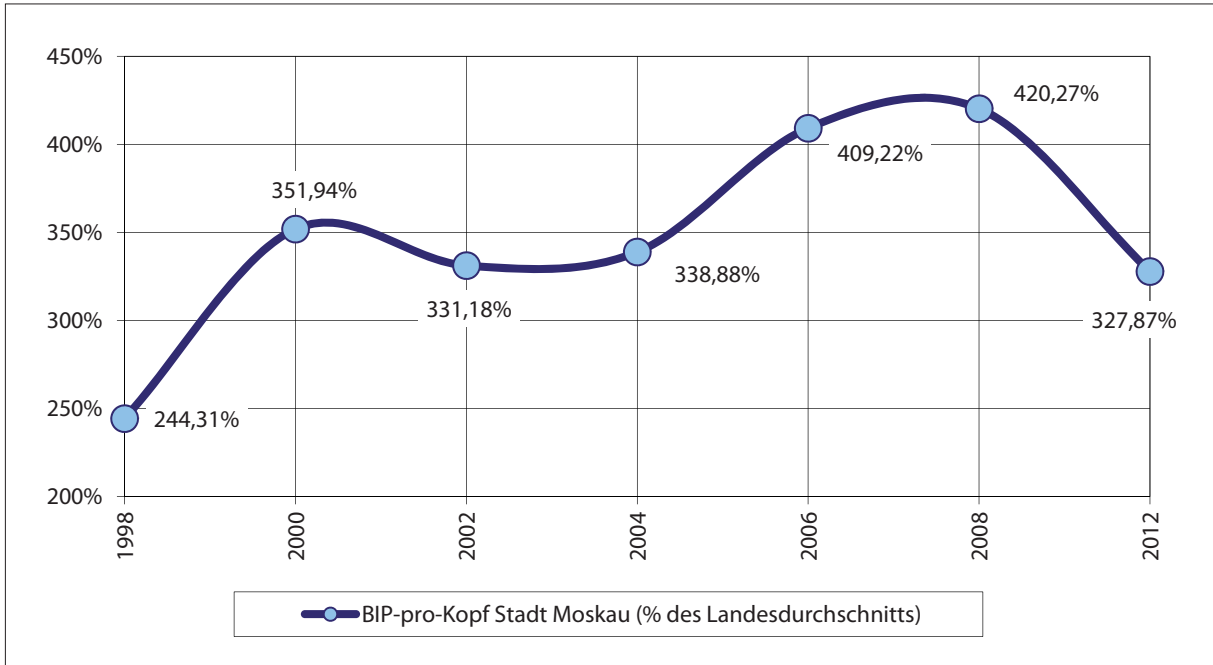
Grafik 1: Zunehmende und wieder abnehmende regionale Disparität*



* Regionales BIP-pro-Kopf in RUB

Quelle: Rosstat

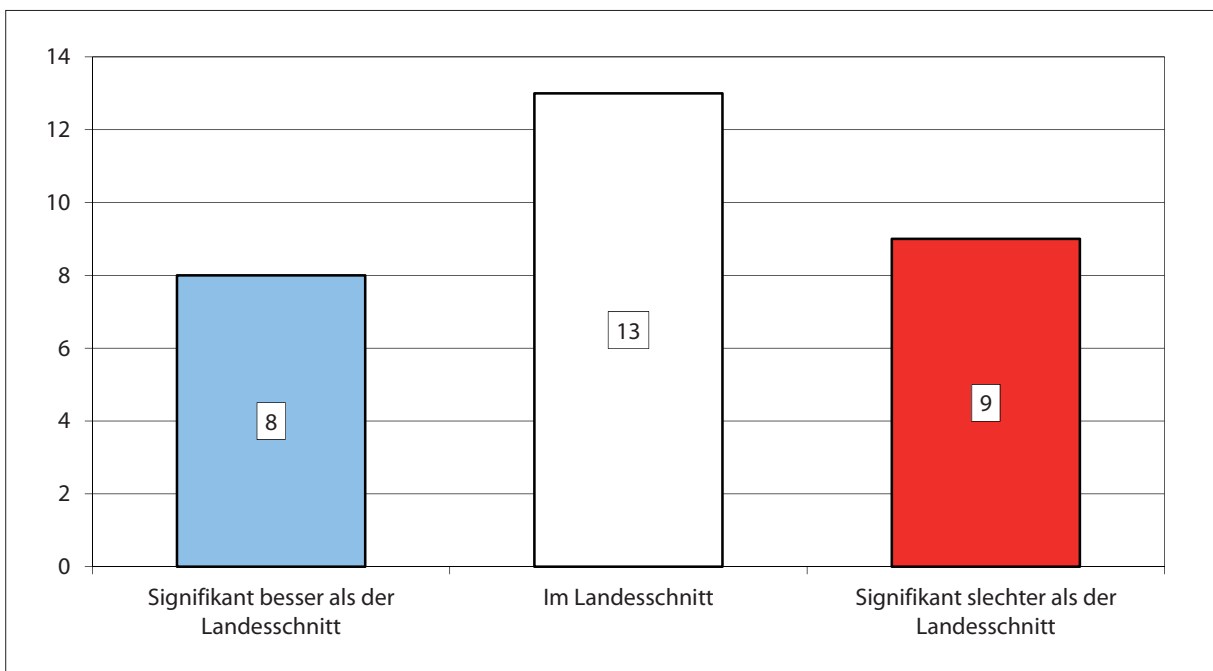
Grafik 2: Zunehmende und wieder abnehmende regionale Disparität*



* Regionales BIP-pro-Kopf in RUB

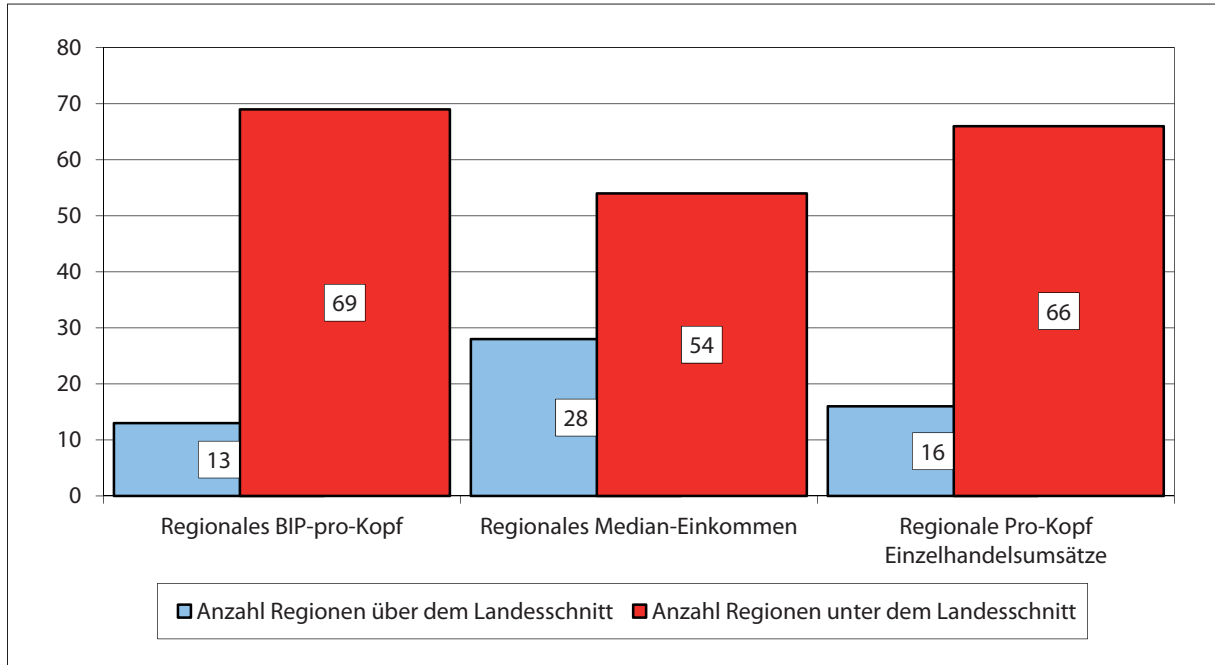
Quelle: Rosstat

**Grafik 3: Anzahl Regionen über und unter Landesschnitt (2012)
(Regionale BIP-pro-Kopf Entwicklung in den 30 größten Regionen)**



Quelle: Rosstat, Raiffeisen RESEARCH

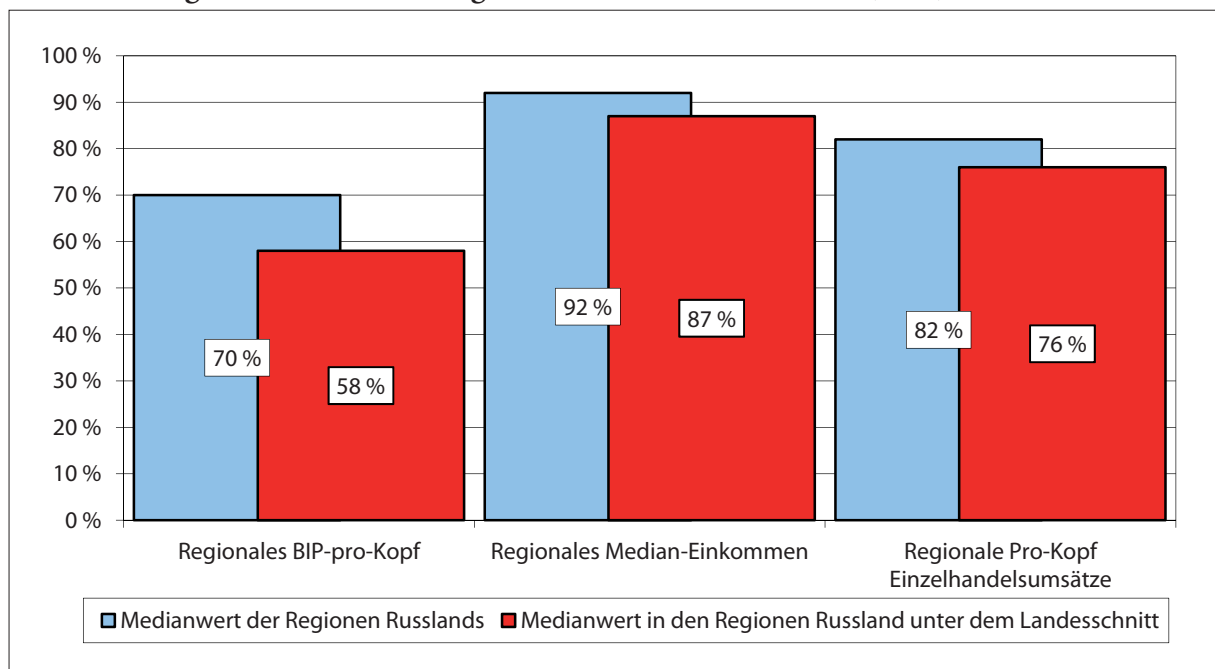
Grafik 4: Regionale Differenzierung für verschiedene Indikatoren (2012)



Anmerkung: Für die 82 Regionen, in denen es verlässliche Indikatoren für alle Kenngrößen gibt

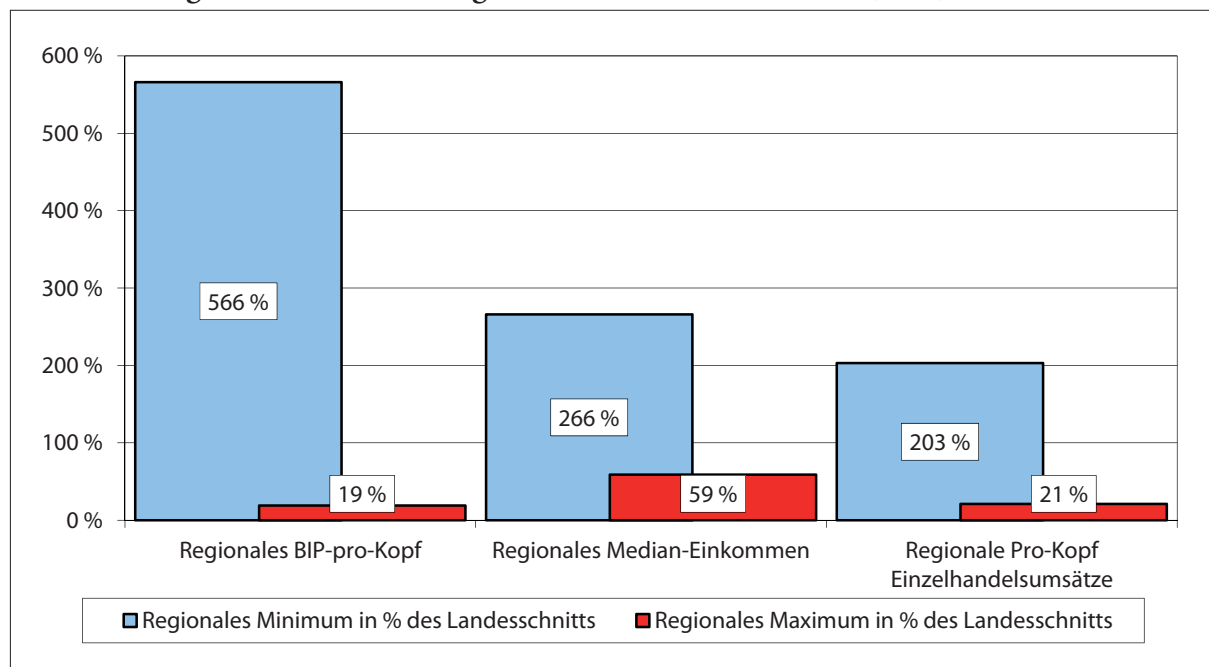
Quelle: Rosstat, Raiffeisen RESEARCH

Grafik 5: Regionale Differenzierung für verschiedene Indikatoren (2012)



Anmerkung: Der Medianwert ist statistisch weniger anfällig gegenüber Extremwerten als der Mittelwert

Quelle: Rosstat, Raiffeisen RESEARCH

Grafik 6: Regionale Differenzierung für verschiedene Indikatoren (2012)


Quelle: Rosstat, Raiffeisen RESEARCH

Tabelle 1: Charakteristika ausgewählter russischer Regionen 2012

	Bevölkerung		BIP (Mrd. Rbl)	BIP pro Kopf (Rbl)	Einkommens- median (Rbl)	Einzelhandels- verkäufe pro Kopf
	(in 1.000)	(in %)				
Russland insgesamt	143.347		48.661.569	316.416	37.790	149.250
			in % des russischen BIP	in % des Landesdurch- schnitts	in % des Landesdurch- schnitts	in % des Landesdurch- schnitts
Regionalkennziffern der 30 größten russischen Regionen 2012						
Moskau, Stadt	11.980	8,36 %	20,59 %	273 %	212 %	204 %
Moskauer Gebiet	7.048	4,92 %	4,61 %	98 %	143 %	120 %
Republik Inguschetien	5.330	3,72 %	2,53 %	73 %	128 %	103 %
Sankt Petersburg, Stadt	5.028	3,51 %	4,26 %	132 %	135 %	113 %
Gebiet Swerdlowsk	4.316	3,01 %	2,60 %	92 %	117 %	133 %
Republik Karatschajewo- Tscherkessien	4.254	2,97 %	1,57 %	50 %	92 %	98 %
Republik Baschkortostan	4.061	2,83 %	1,96 %	74 %	108 %	105 %
Republik Tatarstan	3.822	2,67 %	2,62 %	106 %	119 %	114 %
Gebiet Tjumen	3.511	2,45 %	8,41 %	373 %	107 %	125 %
Gebiet Tscheljabinsk	3.485	2,43 %	1,59 %	70 %	95 %	90 %
Gebiet Nishni Nowgorod	3.290	2,30 %	1,58 %	73 %	100 %	98 %
Gebiet Samara	3.213	2,24 %	1,71 %	81 %	116 %	105 %
Republik Nordossetien-Alanien	2.946	2,06 %	0,67 %	35 %	93 %	91 %
Region Krasnojarsk	2.847	1,99 %	2,44 %	132 %	103 %	100 %
Gebiet Rostow	2.791	1,95 %	0,82 %	94 %	45 %	95 %
Gebiet Kemerowo	2.742	1,91 %	1,52 %	85 %	86 %	78 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Charakteristika ausgewählter russischer Regionen 2012 (Fortsetzung)

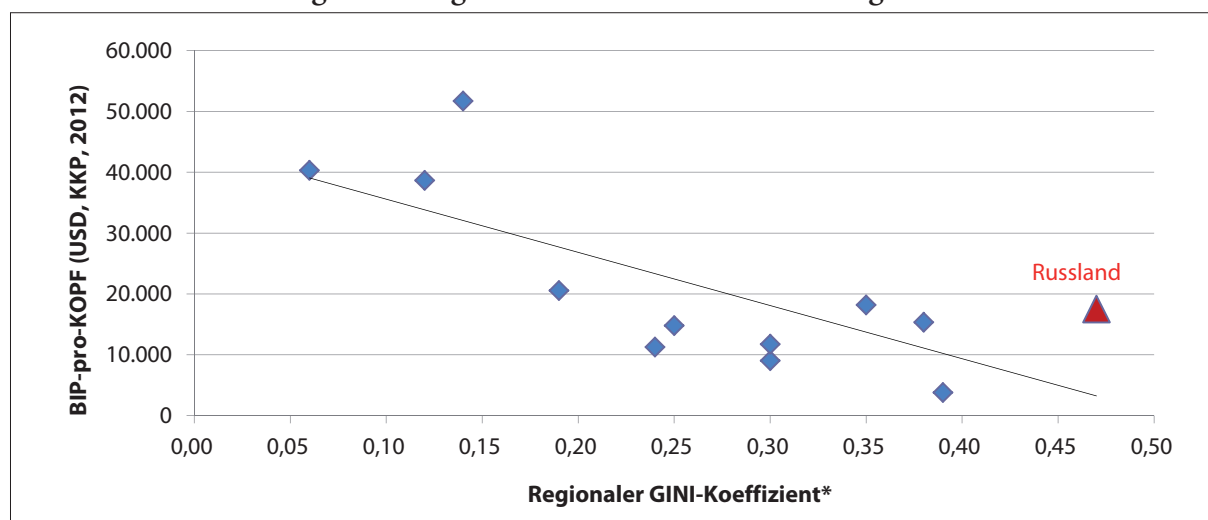
	Bevölkerung		BIP (Mrd. Rbl)	BIP pro Kopf (Rbl)	Einkommens- median (Rbl)	Einzelhandels- verkäufe pro Kopf
	(in 1.000)	(in %)				
Russland insgesamt	143.347		48.661.569	316.416	37.790	149.250
			in % des russischen BIP	in % des Landesdurch- schnitts	in % des Landesdurch- schnitts	in % des Landesdurch- schnitts
Gebiet Nowosibirsk	2.710	1,89 %	1,19 %	97 %	99 %	99 %
Region Perm	2.634	1,84 %	1,65 %	96 %	110 %	102 %
Republik Kalmykien	2.583	1,80 %	1,03 %	60 %	59 %	72 %
Gebiet Saratow	2.503	1,75 %	0,88 %	53 %	68 %	65 %
Gebiet Irkutsk	2.422	1,69 %	1,29 %	81 %	89 %	69 %
Region Altaj	2.399	1,67 %	0,69 %	44 %	66 %	71 %
Gebiet Woronesch	2.330	1,63 %	0,92 %	60 %	81 %	93 %
Gebiet Orenburg	2.016	1,41 %	1,14 %	80 %	86 %	90 %
Gebiet Oms	1.974	1,38 %	0,92 %	71 %	96 %	90 %
Region Primorsk	1.947	1,36 %	1,12 %	88 %	103 %	74 %
Gebiet Leningrad	1.751	1,22 %	1,16 %	102 %	89 %	88 %
Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen	1.584	1,11 %	5,00 %	492 %	214 %	128 %
Gebiet Belgorod	1.541	1,08 %	1,05 %	105 %	99 %	87 %
Gebiet Tula	1.532	1,07 %	0,56 %	55 %	92 %	84 %
Republik Udmurtien	1.518	1,06 %	0,69 %	70 %	82 %	69 %
Gebiet Wladimir	1.422	0,99 %	0,92 %	56 %	75 %	70 %
Regionalkennziffern weniger entwickelter russischer Regionen 2012						
Gebiet Brjansk		0,87 %	0,37 %	45 %	77 %	81 %
Gebiet Iwanowo		0,73 %	0,26 %	38 %	66 %	74 %
Gebiet Orjol		0,54 %	0,27 %	52 %	71 %	71 %
Gebiet Rjasan		0,80 %	0,43 %	57 %	83 %	76 %
Gebiet Smoensk		0,68 %	0,38 %	59 %	87 %	83 %
Gebiet Tambow		0,75 %	0,37 %	53 %	79 %	82 %
Gebiet Twer		0,93 %	0,52 %	59 %	85 %	81 %
Gebiet Tula		1,07 %	0,56 %	55 %	92 %	84 %
Gebiet Pskow		0,46 %	0,21 %	48 %	74 %	78 %
Republik Adygej		0,31 %	0,11 %	39 %	88 %	86 %
Republik Dagestan		0,20 %	0,06 %	31 %	157 %	34 %
Republik Kalmykien		1,80 %	1,03 %	60 %	59 %	56 %
Republik Kabardino-Balkarien		0,71 %	0,35 %	53 %	97 %	88 %
Republik Karatschajewo- Tscherkessien		2,97 %	1,57 %	56 %	92 %	98 %
Republik Nordossetien-Alanien		2,06 %	0,67 %	35 %	93 %	91 %
Region Krasnodar		0,60 %	0,19 %	33 %	63 %	88 %
Region Stawropol		0,30 %	0,10 %	33 %	48 %	96 %
Gebiet Astrachan		0,49 %	0,18 %	37 %	100 %	73 %
Republik Mari-El		0,48 %	0,20 %	44 %	63 %	54 %
Republik Mordwinien		0,57 %	0,26 %	48 %	67 %	47 %
Republik Tschuwaschien		0,87 %	0,39 %	47 %	71 %	56 %
Gebiet Kirow		0,92 %	0,42 %	48 %	72 %	67 %
Republik Altaj		0,15 %	0,05 %	40 %	78 %	50 %
Republik Burjatien		0,68 %	0,32 %	50 %	92 %	78 %
Gebiet Kurgan		0,62 %	0,28 %	48 %	82 %	66 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Charakteristika ausgewählter russischer Regionen 2012 (Fortsetzung)

	Bevölkerung		BIP (Mrd. Rbl)	BIP pro Kopf (Rbl)	Einkommens- median (Rbl)	Einzelhandels- verkäufe pro Kopf
	(in 1.000)	(in %)				
Russland insgesamt	143.347		48.661.569	316.416	37.790	149.250
			in % des russischen BIP	in % des Landesdurch- schnitts	in % des Landesdurch- schnitts	in % des Landesdurch- schnitts
Republik Tuwa		0,22 %	0,07 %	34 %	89 %	33 %
Region Altaj		1,67 %	0,69 %	44 %	66 %	71 %
Republik Tschetschenien		0,31 %	0,05 %	19 %	67 %	22 %
<i>Durchschnitt</i>				<i>45,18 %</i>	<i>80,64 %</i>	<i>70,14 %</i>

Quelle: Rosstat, Raiffeisen RESEARCH

Grafik 7: Russlands regionale Ungleichheit im internationalen Vergleich


* Letzte verfügbare Daten 2007, wobei dieser Indikator recht konstant im Zeitablauf ist

Quelle: OECD, Raiffeisen RESEARCH

Tabelle 2: Russlands regionale Ungleichheit im internationalen Vergleich

	Regionaler GINI-Koeffizient*	BIP-pro-Kopf (USD, zu Kaufkraftparitäten, 2012)
Russland	0,47	17.518
Indien	0,39	3.813
Mexico	0,38	15.363
Chile	0,35	18.211
China	0,30	9.055
Brasilien	0,30	11.747
Türkei	0,25	14.812
Südafrika	0,24	11.281
Polen	0,19	20.562
USA	0,14	51.704
Deutschland	0,12	38.666
Schweden	0,06	40.304

* Letzte verfügbare Daten 2007, wobei dieser Indikator recht konstant im Zeitablauf ist

Quelle: OECD, Raiffeisen RESEARCH

Bürgermeisterwahlen in Nowosibirsk: Sieg der vereinten Opposition gegen »Einiges Russland«

Am 6. April 2014 fanden in Nowosibirsk, der drittgrößten Stadt Russlands vorgezogene Bürgermeisterwahlen statt. Der Oppositionskandidat Anatolij Lokot – ein Abgeordneter der Staatsduma von der Kommunistischen Partei – gewann mit 43,75 %; Wladimir Snatkow, der Kandidat der Regierungspartei »Einiges Russland«, bekam trotz administrativer Ressourcen nur 39,57 % und wurde Zweiter. Weniger als ein Drittel der Wahlberechtigten haben ihre Stimme abgegeben. Im Jahr 2009 hatte die Wahlbeteiligung bei rund 50 % gelegen. Den Angaben der Zentralen Wahlkommission zufolge verlief der Urnengang ohne wesentliche Verstöße. Die unabhängigen Wahlbetrachter von »Golos« gaben an, dass die Wahlen »grundsätzlich rechtmäßig« durchgeführt wurden und »einzelne verfahrenstechnische Unregelmäßigkeiten die Willensäußerung der Wähler nicht beeinflussten« (<http://www.golosinfo.org/ru/articles/511>). Die Wahl wurde vor allem durch die Einigung auf einen gemeinsamen Oppositionskandidaten bestimmt und als Sieg gegen die Putin-Partei eingeschätzt. Neun Tage vor der Abstimmung, am 28. März 2014 hatten fünf Kandidaten, darunter Ilja Ponomarjow, einer der Führer der Protestbewegung von 2011/2012 für faire Wahlen, ihre Teilnahme abgesagt und ihre Wähler aufgerufen, für den führenden Kandidaten Lokot ihre Stimmen abzugeben. Politologen und Blogger diskutieren die Niederlage von »Einiges Russland«, der »Partei der Macht« und loben das Erfolgsrezept der Opposition.

* * *

Nowosibirsk ist erobert

»Sieg! Wir haben es geschafft! Ich gratuliere von ganzem Herzen Anatolij Lokot zum Sieg bei der Bürgermeisterwahl in Nowosibirsk! Ich gratuliere allen, die an dieser Wahlkampagne beteiligt waren, die ihre Stimmen abgegeben, die uns einfach moralisch unterstützt haben!

Wir haben geschafft, was niemand glauben konnte. [...] Zunächst wollte man uns nicht glauben und verlachte die Idee eines gemeinsamen Oppositionskandidaten. Man sagte, dass wir uns bald zestreiten würden und wieder nichts daraus werde. Dann, als wir uns zusammengeschlossen hatten, versuchten nicht nur Rivalen, sondern auch Verbündete uns zu entzweien. Kremltreue Medien und Politologen diskreditierten auf vielfältige Art die Idee der Vereinigung und sagten, dass unsere Koalition bereits vor dem Start zerbrochen sei. Dann begann die schwarze PR...

Die Opposition wurde nicht in die Medien gelassen, es wurden keine Werbeflächen gegeben, Wahlhelfer wurden angegriffen, Briefkasten von [unseren] Zeitungen gesäubert, Wahlplakate abgerissen, Materialien geklaut. Gleichzeitig setzte die Macht enorme administrative Ressourcen zur Unterstützung von Snatkow ein. Den Fernseh-Ratings zufolge überholte er Putin und Sobjanin. Die ganze Stadt ist immer noch mit seinen Plakatwänden vollgehängt. Überall standen seine Agitatoren, alle kommunalen Behörden wurden mit seinen Plakaten gepflastert. [...] Das hat aber dem Kandidaten von »Einiges Russland« nicht geholfen [...]

Ilja Ponomarjow im »Livejournal«, 7. April 2014 <<http://ilya-ponomarev.livejournal.com/633975.html>>

Warum ist der Sieg in Nowosibirsk wichtig?

»Die Moskauer Medien zeigen leider kein besonderes Interesse an den gestrigen Bürgermeisterwahlen in Nowosibirsk oder ihren Ergebnissen. Zu Unrecht. Es hat sich eine sehr wichtige Geschichte abgespielt: Zum zweiten Mal innerhalb eines halben Jahres verliert »Einiges Russland« in einer der größten Städte Russland Bürgermeisterwahlen. Im September geschah es in Jekaterinburg, der viertgrößten Stadt des Landes, und nun in Nowosibirsk. Und das ganz zu schweigen davon, dass es Sobjanin bei der Bürgermeisterwahl in Moskau erst durch irgendwelche 30.000 Stimmen gelungen war, den zweiten Wahlgang zu vermeiden.

Das Fazit ist ganz einfach: Wie auch immer die Haltung der Wähler zu Putin persönlich sein mag, ist das politische Monopol einer Partei heftig erschüttert. Die Menschen wollen kein Einparteiensystem, sondern Wettbewerb und eine Absetzbarkeit der Regierung. Die Großstädte des Landes beweisen dies immer wieder.«

Wladimir Milow im Blog von »Echo Moskwy«, 7. April 2014 <<http://www.echo.msk.ru/blog/milov/1295164-echo/>>

Fazit von Jewgenij Mintschenko

»Die Wahlen fanden vor dem Hintergrund eines inneren Elitenkonfliktes statt, der wirtschaftliche Gründe hatte und durch persönliche Gegensätze zwischen dem Gouverneur Wassilij Jurtschenko und dem Bevollmächtigten des Präsidenten Wiktor Tolokanskij verschärft wurde [...] Die Lehren für Kandidaten der »Partei der Macht« lauten: 1. keine

Elitenspaltung zulassen; 2. mehrere Kandidaten ›lenken‹; 3. einen aktiven Wahlkampf führen; 4. an einer Zufuhr der eigenen Wähler an dem Wahltag arbeiten. Die Lehren für die Opposition: 1. Elitenspaltung ausnutzen; 2. Koalitionen bilden. Das wichtigste Ergebnis der Wahlen lautet: In Russland gibt es doch politische Konkurrenz. Wenn auch irgendwo Vertreter der Systemopposition Wahlen gewinnen, hat das aber keine negative Auswirkungen auf die Beständigkeit des Systems, eher im Gegenteil.«

Jewgenij Mintschenko in Facebook vom 7. April 2014 <<http://besttoday.ru/read/6518.html>>

Vereinte Opposition gegen »Einiges Russland«

»Die Wahlergebnisse in Nowosibirsk sind die beste Illustration meiner alten These: *wenn nicht Parteilisten, sondern konkrete Personen gewählt werden, kann die Opposition nur durch eine Vereinigung gewinnen*. Ein beliebiger Kandidat der Regierung bekommt unter den bei uns herrschenden Bedingungen automatisch mindestens 30–40 %. Unter allen Umständen. Ganz gleich, wie er ist. Schlicht durch die administrativen Ressourcen. Deswegen würde die Opposition, wenn sie in mehreren Kolonnen aufmarschiert, die verbliebenen Stimmen zersplittern und hätte unweigerlich das Nachsehen. Ein gemeinsamer Kandidat aber wird fast automatisch zu einem realen Anwärter auf den ersten Platz. Tendenziell würden alle, die gegen das Regime sind oder sich – ganz gleich aus welchen Gründen – mit dem Status quo nicht zufrieden geben können, für diesen stimmen [...]«

Walerij Fedotov im »Livejournal«, 7. April 2014 <<http://v-fedotov.livejournal.com/289158.html>>

*Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst.
Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin*

NOTIZEN AUS MOSKAU

Imperium und Nation

Jens Siegert, Moskau

In den vergangenen Wochen ist viel die Rede davon, welchen Beitrag die Ukraine-Krise für die Nation-Werdung dieses in jeder Hinsicht noch jungen und suchenden Staates leisten kann. Im Gegensatz dazu scheint es für Russland, als Nationalstaat ebenso jung, in die umgekehrte Richtung zu gehen. Weg vom (von vielen als »erzwungen« oder gar »aufgezwungen« empfundenen) Nationalstaat, hin zur Restaurierung des verlorenen Imperiums. Die daraus abgeleiteten Diagnosen fallen, je nachdem, triumphierend-euphorisch bis resignierend-traurig aus. Aber vielleicht ist die Blickrichtung falsch? Vielleicht macht es viel mehr Sinn, die Vorgänge in Russland ebenso wie in der Ukraine als Nationalstaatsbildungswehen zu betrachten? Als eine noch schwerere Geburt sozusagen.

Davon ausgehend erlaube ich mir heute einmal, ein wenig zu träumen. Das scheint mir auch angesichts des aller Orten überbordenden Pessimismus durchaus angemessen. Wenn ich den Riesenstrom der Wortmeldungen (ich meine hier insbesondere die kleinen, suchenden, gesprächsweise in Facebook und Co. geposteten, weniger die großen, wissenden, als Essay, Kommentar

oder gar Aufruf daher kommenden) Revue passieren lasse, fällt mir besonders auf, wie sehr wir doch alle an die inzwischen schon berühmt-berüchtigte Pfadabhängigkeit in der Entwicklung von Gesellschaften glauben.

Entsprechend resignieren und verzweifeln die einen, weil sie sehen (oder zu sehen glauben), dass das Land erneut auf die immer gleichen in seiner Geschichte herumliegenden Haken tritt und der Stiel so heftig vor die Stirn schlägt, dass klarer Blick und Urteilsvermögen hinter einer tiefen Benommenheit verschwinden. Die anderen dagegen sehen das Land durch Putin gerade aus dieser Benommenheit erwachen, den klaren Blick zurück zu gewinnen. Für sie ist Russland fünfundzwanzig lange Jahre vom richtigen Pfad abgewichen und kehrt nun endlich auf ihn zurück. Das Ergebnis ist daselbe, nur die Bewertung ist unterschiedlich: Imperium zu sein ist Russlands Schicksal.

Im Motto meines Blogs (<<http://russland.boellblog.org/>>) steht dazu der Satz: »Russland war Jahrhundertlang Imperium und muss nun, eher unwillig, Nationalstaat werden.« Das ist ein durchaus bewusst gewählter Imperativ. Russland muss, will aber nicht (so

richtig). Aus diesem Satz spricht mein hemmungsloser Geschichtsoptimismus (der aber natürlich in die Irre führen kann, wenn man ihm blind folgt).

Ich bin also überzeugt, dass es keine Wiederkehr des Imperiums gibt. Auch Russland muss den bitteren Weg der Nationalstaatswerdung gehen. Es gibt keine Abkürzung. Es gibt nur mehr oder weniger schmerzhafteste Wege, mehr oder weniger gewaltvolle, mehr oder weniger blutige.

Das Grundproblem jeder Nationalstaatsbildung ist das der Grenzen. Was wird eingeschlossen? Wer wird eingeschlossen? Was muss draußen bleiben? Wer gehört im Inneren dazu? Am Ende der Sowjetunion wurden diese Fragen, obwohl es von den Nationalismen der Peripherie vorangetrieben wurde, in Russland weitgehend ausgeblendet. Das war, besonders im Lichte der Ereignisse bei der Auflösung des Miniimperiums Jugoslawien, eine sehr weise Entscheidung. Auch die Verfassung von 1993, noch heute gültig, greift die Frage nicht auf. Dort ist in der Präambel von einem »multinationalen Volk« die Rede. Immerhin stehen die Grenzen fest. Oder besser: Sie standen fest.

Andere europäischen Kolonialreiche der Neuzeit (England, Frankreich, Spanien, die Niederlande) hatten gegenüber dem Russischen Imperium und der späteren Sowjetunion einen Vorteil. Ihr Mutterland befand sich auf einem anderen Kontinent als ihre Kolonien. Zudem war das Mutterland in der Regel schon zu Imperiumszeiten als Nationalstaat organisiert. Russlands Kolonien aber schlossen sich direkt an das Mutterland an, so

direkt, dass bis heute höchst umstritten ist, wo das Mutterland aufhört und die (ehemaligen) Kolonien anfangen (ebenso ist, vor allem in Russland, umstritten, ob es sich überhaupt um Kolonien gehandelt hat).

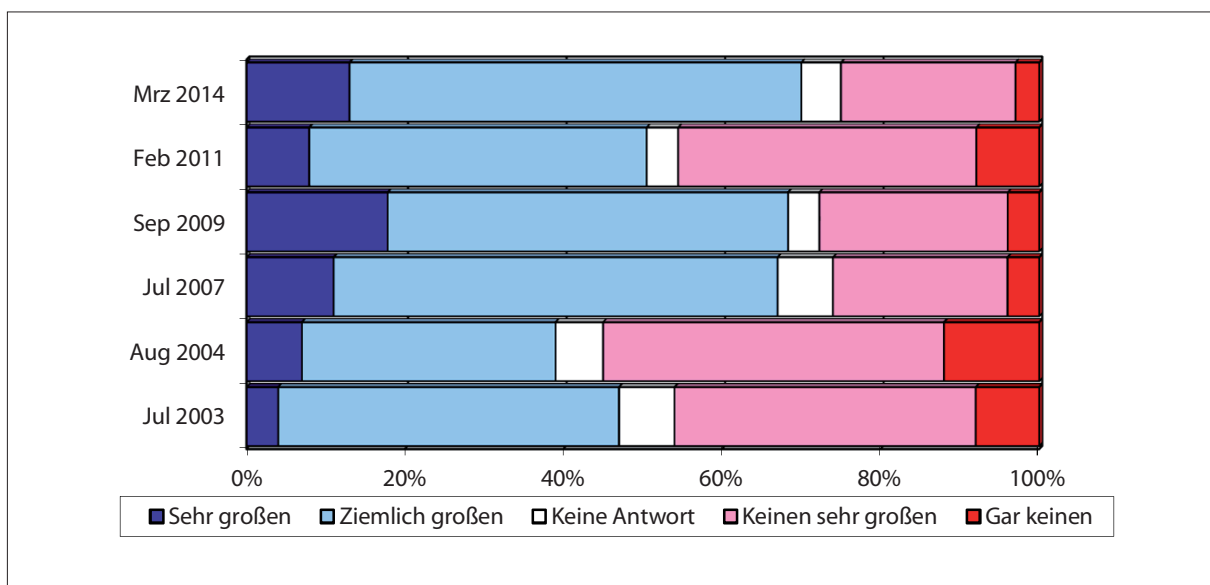
Doch zwei Dinge bleiben bis heute und für die nächste Zukunft prekär: Die Frage nach den – endgültigen – Grenzen Russlands und, damit eng zusammenhängend, die Furcht vor dem weiteren Zerfall des Landes. Es gibt, im Gegensatz zu den ehemaligen westeuropäischen Kolonialmächten kein geographisch ausreichend klar definiertes Mutterland, das als natürlicher Endpunkt einer Deimperialisierung akzeptabel wäre.

Diese Unsicherheit des Landes über sich selbst ist die größte Gefahr. Sie treibt auch die neoimperialistischen Fantasien an. Russland könnte wieder größer werden. Wahrscheinlicher aber ist, dass die gegenwärtige Aggression, eine Aggression eher aus Angst und Schwäche denn aus Selbstbewusstsein und Stärke, den weiteren Zerfall auslöst.

Momentan leben wir, um noch einmal auf die Frage nach der vorherrschenden Realität zurück zu kommen, in Putins Welt. Nicht, weil Russland recht hat oder weil es stärker ist als der Westen, sondern weil, wie Ivan Krastev richtig schreibt, Putin die Initiative übernommen hat: »Putin is ›wild‹ while the West is ›wary‹«. In Russland aber, das weiß jeder, wird Initiative bestraft.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

Grafik 8: Welchen Einfluss hat Russland heute in der Welt?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. März 2014 <<http://www.levada.ru/print/02-04-2014/otnoshenie-rossiyan-k-drugim-stranam>, 3. April 2014>

27. März – 10. April 2014

27.03.2014	Die UN-Generalversammlung verabschiedet eine Resolution zur territorialen Integrität der Ukraine, in der das Referendum auf der Krim als »illegal« bezeichnet wird. Die Resolution wird von 100 Staaten unterstützt, 58 Staaten enthalten sich, 11 Staaten votieren gegen die Resolution.
28.03.2014	Das russische Außenministerium verabschiedet angesichts der Sanktionen der USA, der EU und Kanadas gegen russische Entscheidungsträger Einreiseverbote gegen Staatsbürger dieser Länder. Die Liste der Betroffenen werde nicht veröffentlicht.
28.03.2014	Das kasachische Verteidigungsministerium untersagt russische Raketentests auf dem Territorium Kasachstans bis zur Klärung der Unfallursachen des Absturzes einer Höhenforschungsrakete vom Typ MN-300 (Komplex MP-30). Bei dem Absturz unweit eines Dorfes kam niemand zu Schaden.
29.03.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht in einem Telefonat mit US-Präsident Barack Obama die Situation in der Ukraine und in Transnistrien.
29.03.2014	Der Mineralölkonzern »Lukoil« beginnt mit der Ölförderung auf dem irakischen Ölfeld West-Kurna 2.
30.03.2014	In der Republik Krim und der Stadt Sewastopol wird die Moskauer Zeit (MEZ +2) eingeführt. Diese löst die Kiewer Zeit (MEZ +1) ab, die seit 1996 auf der Krim galt.
30.03.2014	Außenminister Sergej Lawrow fordert in den Abendnachrichten des »Ersten Kanals« eine Föderalisierung der Ukraine, die Einführung von Russisch als zweiter Staatssprache sowie Referenden in ukrainischen Regionen über ihren Status. Das ukrainische Außenministerium weist dies entschieden zurück.
30.03.2014	Der Oppositionspolitiker Ilja Ponomarjow (»Gerechtes Russland«) tritt von seiner Kandidatur bei den Bürgermeisterwahlen in Nowosibirsk am 6. April zurück. Zwei Tage zuvor hatten fünf Oppositionskandidaten zu Gunsten des kommunistischen Kandidaten Anatolij Lokot den Rückzug ihrer Kandidatur angekündigt – zwei von ihnen dementierten diesen Schritt am Folgetag.
30.–31.03.2014	In Paris treffen US-Außenminister John Kerry und sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow zu Gesprächen zusammen. Im Zentrum steht die Entwicklung in der Ukraine und Möglichkeiten zur Deeskalation der Situation.
31.03.2014	Der kritische TV-Sender »Doshd« (TV Rain) beendet seinen Spendenmarathon. Der Sender kann seine Arbeit für weitere 50 Tage fortsetzen.
31.03.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew hält in Simferopol (Krim) eine Sitzung zur Entwicklung der neuen russischen Regionen ab, an der mehrere Minister und stellvertretende Minister teilnehmen.
31.03.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet eine Reihe von Erlassen, mit denen die Eingliederung der Krim geregelt wird. Es wird ein Ministerium für Angelegenheiten der Krim geschaffen, das von Oleg Saweljow, seit 2008 Stellvertretender Minister für wirtschaftliche Entwicklung, geleitet wird. Weitere Erlasse betreffen Gehaltserhöhungen für Vertragssoldaten, Wehrdienstleistende, Sicherheitskräfte und Staatsangestellte. Die Renten sollen auf das russische Durchschnittsniveau angehoben werden.
31.03.2014	Die Staatsduma verabschiedet einstimmig eine Erklärung, mit der der russisch-ukrainische Staatsvertrag über die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol auf der Krim aufgekündigt wird.
31.03.2014	Präsident Wladimir Putin führt am Abend mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan Telefongespräche zur Lage in der Ukraine.
31.03.2014	Auf dem Moskauer Triumphalplatz werden Eduard Limonow, Vorsitzender der Vereinigung »Anderes Russland«, und zehn weitere Aktivisten der traditionellen »Strategie-31«-Demonstrationen, die Versammlungsfreiheit fordern, festgenommen.
01.04.2014	Der russische Gaskonzern »Gazprom« gibt eine Erhöhung des Gaspreises für die Ukraine auf 385 US-\$ pro 1000 Kubikmeter Gas bekannt. Zuvor lag der Preis bei 268,5 US-\$ pro 1000 m ³ . Der Schritt wird damit begründet, dass Kiew ausstehende Zahlungen von aktuell 1,7 Mrd. US-Dollar nicht beglichen habe.
01.04.2014	Alexej Tschalij wird vom Stadtparlament Sewastopols zum Interimgouverneur der Stadt ernannt.
01.04.2014	»Aeroflot« erhöht die Zahl der Flugreisen und reduziert die Flugpreise für Reisen von Moskau auf die Krim auf 7500 Rubel (ca. 152 €) für einen Hin- und Rückflug.
01.04.2014	Die NATO stellt die militärische wie zivile Zusammenarbeit mit Russland ein. Das wird nach einem Außenministertreffen der NATO-Staaten in einer Erklärung bekannt gegeben.
01.04.2014	Der Gründer des sozialen Netzwerks »W Kontakte« Pawel Durow erklärt seinen Rücktritt. Er begründet seinen Schritt mit einer deutlichen Einschränkung seiner Handlungsfreiheit als Generaldirektor auf Grund von Veränderungen bei der Zusammensetzung der Aktionäre. Am 3. April zieht er diese Erklärung zurück.
01.04.2014	Die Statistikbehörde »Rosstat« teilt mit, dass das Bruttoinlandsprodukt über das Jahr 2013 um 1,3 % gewachsen ist; es betrug im vergangenen Jahr 66,755 Billionen Rubel (ca. 1,360 Billionen €).

02.04.2014	Bei einer Anti-Terror-Operation der Sicherheitskräfte im Rayon Bujnask (Dagestan) werden zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
02.04.2014	Sergej Dankwert, Leiter des Föderalen Dienstes für Veterinär- und Phytosanitätsaufsicht (Rosselchhosnadsor), gibt ein Einfuhrverbot für Fertigfleischprodukte aus Polen und Litauen ab dem 7. April bekannt. Russland folge dabei einer Entscheidung von Belarus.
02.04.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht fällt das erste Urteil im Zusammenhang mit den Veruntreuungen im Verteidigungsministerium. Dinara Biljalowa, die Leiterin von »Mira«, einem Subunternehmen von »Oboronservis«, wird zur vier Jahren Haft und einer Geldstrafe von 800.000 Rubel (ca. 16.300 €) verurteilt.
02.04.2014	Sergej Stepaschin, ehemaliger Leiter des russischen Rechnungshofes und Vorsitzender der »Kaiserlich Orthodoxen Palästina-Gesellschaft « (IPPO), trifft in Syrien mit Präsident Bashar al-Assad zusammen. Er übergibt diesem eine mündliche Botschaft von Präsident Putin.
02.04.2014	Präsident Putin entlässt den Gouverneur des Gebietes Wolgograd Sergej Boshenow auf dessen eigenen Wunsch und ernennt Andrej Botscharow zum Interimgouverneur.
02.04.2014	Präsident Wladimir Putin bestimmt durch einen Erlass, dass die Krim in den Südlichen Militärbezirk Russlands integriert wird.
03.04.2014	Vor dem Hintergrund der Situation in der Ukraine unterbrechen die USA die gemeinsamen Konsultationen zur Raketenabwehr. Die NASA stellt die Zusammenarbeit mit Russland im Bereich der Luft- und Raumfahrt ein.
03.04.2014	Das Parlament der Republik Kabardino-Balkarien schafft durch eine Gesetzesänderung die Direktwahl des Republikoberhauptes ab. Stattdessen wird dieser nun durch das Republikparlament aus drei Kandidaten gewählt, die zuvor vom russischen Präsidenten vorgeschlagen wurden.
03.04.2014	Die Internetseite der Informationsagentur »Interfax« wird durch einen Hacker-Angriff über mehrere Stunden lahmgelegt.
03.04.2014	Das russische Außenministerium teilt der Ukraine offiziell mit, dass der Staatsvertrag über die Stationierung der Schwarzmeerflotte in Sewastopol auf der Krim von russischer Seite aufgekündigt wurde.
03.04.2014	Das russische Außenministerium protestiert beim deutschen Botschafter gegen Äußerungen von Finanzminister Wolfgang Schäuble. Dieser hatte vor Schülern Parallelen zwischen der Übernahme der Krim und der Annexion des Sudetenlands 1938 durch das Deutsche Reich gezogen. Das russische Außenministerium hält solche »pseudo-historischen Exkurse« für provokativ.
03.04.2014	25 ukrainische Staatsbürger werden in mehreren russischen Regionen wegen der Vorbereitung von Sabotagehandlungen und Terroranschlägen festgenommen.
03.04.2014	Bei einem Treffen mit Gazprom-Chef Aleksej Miller erklärt Ministerpräsident Dmitrij Medwedew, dass er anordne, das Charkower Abkommen vom 21. April 2010 außer Kraft zu setzen, da die völkerrechtlichen Grundlage entfallen seien. Das Abkommen sah eine Gaspreisreduzierung um bis zu \$100/Tsd. m ³ als Gegenleistung für die Stationierung der Schwarzmeerflotte bis 2042 vor. Der Gaspreis für die Ukraine steigt damit auf \$480/Tsd. m ³ – bis April lag dieser bei \$268,5/Tsd. m ³ .
03.04.2014	Bei der Explosion eines Sprengsatzes im Rayon Martanowsk (Republik Tschetschenien) kommen 4 Soldaten in einem Schützenpanzer ums Leben, sieben weitere werden verletzt.
04.04.2014	Das Moskauer Stadtgericht reduziert nachträglich die Haftstrafe der amnestierten »Pussy-Riot«-Aktivistinnen Nadeshda Tolokonnikowa und Maria Aljochina um einen Monat. Aus dem Urteil soll der Straftatbestand »Anstachelung von Hass oder Feindschaft« gestrichen werden. Das Oberste Gericht hatte zuvor das ursprüngliche Urteil bemängelt.
04.04.2014	Zur Sicherung der Kampf- und Einsatzbereitschaft werden alle größeren Verbände der russischen Streitkräfte im Gebiet Amur, in der Region Chabarowsk und im Jüdischen Autonomen Gebiet bis Ende April auf Gefechtsbereitschaft und Mobilisierungsfähigkeit überprüft.
04.04.2014	Der Föderale Dienst für Medienaufsicht (»Roskomnadsor«) blockiert den Zugang zur Internetseite der nicht registrierten Partei »Anderes Russland«. Auf der Seite seien Informationen über eine nicht genehmigte Veranstaltung veröffentlicht worden.
04.04.2014	Ramasan Abdulatipow, Republikoberhaupt in Dagestan, entlässt den Bürgermeister der dagestanischen Hauptstadt Machatschkala Murtasali Rabadanow und ernennt Magomed Sulejmanow zu dessen Interims-Nachfolger.
04.04.2014	Alexej Anisimow wird zum neuen Vorsitzenden des Exekutivkomitees der »Allrussischen Volksfront« gewählt. Sein Vorgänger Andrej Botscharow war zum Interims-Gouverneur im Gebiet Wolgograd ernannt worden. Anisimow war bisher Stellvertretender Leiter der Abteilung Innenpolitik in der Präsidialadministration.

04.04.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet ein Gesetz zur vereinfachten Anerkennung der russischen Staatsbürgerschaft für Russischsprachige und Angehörige von ehemals in Russland, der Sowjetunion oder dem Russischen Reich lebenden Personen. Dabei muss der ständige Wohnsitz nach Russland verlegt und die bisherige Staatsbürgerschaft abgegeben werden.
05.04.2014	Die parlamentarische Versammlung der NATO beschließt auf ihrer Sitzung in Riga, die Zusammenarbeit mit der russischen Staatsduma einzustellen. Grund ist die Situation in der Ukraine.
06.04.2014	Auf dem Moskauer Manegen-Platz werden fünf Personen, die individuelle Mahnwachen für die »Bolotnaja-Gefangenen« abhalten wollten, vorübergehend festgenommen.
06.04.2014	In Nowosibirsk finden vorgezogene Neuwahlen des Bürgermeisters statt. Der Amtsinhaber Wladimir Gorodezki war zum Stellvertretenden Gouverneur im Gebiet Nowosibirsk ernannt worden. Der Kandidat der KPRF Anatolij Lokot gewinnt mit 43,75 % der Stimmen vor Wladimir Snatkow (»Einiges Russland«, 39,57 %). Die Wahlbeteiligung lag bei 31,31 %. Lokot erklärt am Abend seinen Wahlsieg und hebt hervor, dass es gelungen sei, »Einiges Russland« durch eine Vereinigung der Opposition zu besiegen.
07.04.2014	Der Föderale Dienst für den Verbraucherschutz (Rospotrebnadsor), gibt Einfuhrverbote für Milchprodukte von sechs ukrainischen Unternehmen bekannt.
07.04.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt an einer Sitzung des Kollegiums des Inlandsgeheimdienst (FSB) teil. Er fordert, den Schutz der nationalen Informationsressourcen, der Netze, der Datenbanken staatlicher Einrichtungen und Behörden sowie von Staatsgeheimnissen zu verstärken. Zudem erwartet Putin eine Aktivierung der Korruptionsbekämpfung, besonders in Hinblick auf versteckte Gelder im Ausland. Weiterhin ruft er den FSB auf, legitime oppositionelle Tätigkeit von Extremismus zu unterscheiden. .
07.04.2014	Präsident Putin empfängt Ramsan Kadyrow, das Oberhaupt der Republik Tschetschenien. Kadyrow erklärt, dass die Republik von 2013 bis 2016 Investitionen in Höhe von 128 Mrd. Rubel (ca. 1,6 Mrd. €) anziehen wird. Die Arbeitslosigkeit sei 2013 von 27 % auf 18 % gefallen. Zudem gäbe es in Tschetschenien die höchste Geburtenrate in Russland.
07.04.2014	Walerij Kostarjow, Sprecher des halbstaatlichen Kommunikationsunternehmens »Rostelekom« erklärt, dass das Unternehmen keine Wiederaufnahme der Ausstrahlung von »TV Doshd« plane. Stattdessen werde ein Verfahren zur Vertragsauflösung eingeleitet.
07.04.2014	Die Moskauer Stadtverwaltung genehmigt eine von der Opposition angemeldete Demonstration »Zum Schutz der Medienfreiheit« mit bis zu 50.000 Teilnehmern für den 13. April.
07.04.2014	Der russische Außenminister Sergej Lawrow führt mit dem deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier sowie US-Außenminister John Kerry Telefongespräche zur Situation in der Ukraine. Kerry schlägt Verhandlungen unter Beteiligung Russlands, der Ukraine, der USA und der EU in den kommenden 10 Tagen vor, um eine Deeskalation der angespannten Situation zu erzielen.
08.04.2014	Die Abteilungsleiterin der Landwirtschaftsbank »Rosselchosbank« in Dagestan wird in Machatschkala erschossen aufgefunden.
08.04.2014	Alexander Bortnikow, der Direktor des russischen Inlandsgeheimdienst FSB, teilt mit, dass der FSB Doku Umarow, den Anführer der terroristischen Organisation »Imarat Kaukasus« »neutralisiert« habe. Sein Leichnam sei noch nicht aufgefunden. Im ersten Quartal 2014 seien bei 33 Anti-Terror Einsätzen 13 Anführer und 65 aktive Untergrundkämpfer getötet, sowie 240 »Banditen und deren Gehilfen« festgenommen worden. Zudem seien die Terroranschläge in Wolgograd und Pjatigorsk aufgeklärt und eine Personengruppe, die an deren Vorbereitung und Durchführung beteiligt war, festgenommen worden, so Bortnikow.
08.04.2014	Admiral Wladimir Koroljow, Kommandeur der russischen Nordmeerflotte, gibt bekannt, dass die Flotte bis 2020 sechs atomgetrieben und nicht atomgetrieben Mehrzweck-U-Boote, zwei große Landungsschiffe, einen Zerstörer neuester Bauart, fünf Fregatten, fünf Minensuchschiffe sowie 21 Versorgungsschiffe erhalten werde. »Wladimir Monomach«, das letzte von drei strategischen Atom-U-Booten, werde bis Ende des Jahres geliefert – die U-Boote »Jurij Dolgorukij« und »Alexander Newskij« seien schon an ihren Standorten bei der Flotte eingetroffen.
08.04.2014	Der Föderale Migrationsdienst gibt bekannt, dass bisher 300 Personen auf der Krim einen Antrag zur Beibehaltung ihrer ukrainischen Staatsbürgerschaft eingereicht haben. Ein solcher Antrag zur Ablehnung der russischen Staatsbürgerschaft kann bis zum 18. April in vier Städten auf der Krim eingereicht werden.
08.04.2014	Das russische Verfassungsgericht erkennt das russische Gesetz zu »ausländischen Agenten« als verfassungskonform an. Das Gesetz sieht eine Registrierung von NGOs als »ausländische Agenten« vor, die eine Finanzierung aus dem Ausland erhalten und politisch tätig sind.
08.04.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht lehnt die Klage des Senders »TV Doshd« gegen Kabelnetzbetreiber ab, die den Sender aus ihrem Angebot gestrichen hatten.
08.04.2014	Bei der Aufsichtsrats-sichtung der »Agentur für strategische Initiativen« fordert Präsident Wladimir Putin die deutliche Verbesserung des Wirtschaftsklimas in Russland.

09.04.2014	Alexander Bortnikow, Direktor des russischen Inlandsgeheimdienst FSB, gibt bekannt, dass der FSB in Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten einen Terroranschlag auf die olympischen Objekte vor den Winterspielen verhindern konnte.
09.04.2014	Kabinettsitzung unter dem Vorsitz von Präsident Wladimir Putin zur außergewöhnlichen Situation bei der Energie- und Wirtschaftszusammenarbeit mit der Ukraine.
09.04.2014	Das Oberhaupt der Republik Tschetschenien Ramsan Kadyrow, der Ministerpräsident der Krim Sergej Aksénow und weitere Gouverneure werden gemäß dem Rotationsprinzip in das Präsidium des russischen Staatsrates aufgenommen. Präsident Putin erlässt eine entsprechende Anweisung.
09.04.2014	Das Militärgericht des Militärbezirks Nord-Kaukasus in Rostow am Don verurteilt fünf Organisatoren einer Anschlagsserie in Wladikawkas (Nordossetien) im September 2010, bei der 19 Personen getötet und 240 Personen verletzt wurden, zu Haftstrafen von 14 bis 24 Jahren.
09.04.2014	US-Außenminister John Kerry bespricht mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow telefonisch die Situation im Südosten der Ukraine. Beide rufen zu einem Gewaltverzicht auf. Eine internationale Regulierung der Situation wird weiter verhandelt.
09.04.2014	Tagung Präsident Wladimir Putins mit den Präsidialbevollmächtigten in den Föderalbezirken. Im Zentrum der Diskussion stehen ein ausgeglichene Haushalt der Föderationssubjekte, der Abriss von beschädigtem Wohnraum und die Bereitstellung moderner Medizintechnik in den Regionen.
09.–10.04.2014	Die Parlamentarische Versammlung des Europarats verabschiedet eine Resolution, die die »militärische Aggression« gegenüber der Ukraine und die »Annexion der Krim« verurteilt.
10.04.2014	Im Gebiet Amur wird wegen großräumiger Waldbrände der Ausnahmezustand ausgerufen.
10.04.2014	Einige Abgeordnete der russischen Staatsduma fordern den Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka auf, zu prüfen, wie es zum Zerfall der Sowjetunion gekommen ist. Sie unterstellen, die Staatsführung der UdSSR mit Michail Gorbatschow an der Spitze habe illegale Handlungen begangen, die zu einem Zerfall des Landes geführt hätten.
10.04.2014	Der Blogger und Oppositionsaktivist Alexej Nawalnyj teilt mit, dass gegen ihn ein weiterer Strafprozess angestrengt wird. Nawalnyj hatte Alexej Lisowenko (»Einiges Russland«), einen Abgeordneten eines Moskauer Bezirksparlaments in seinem Blog als »Drogenabhängigen Abgeordneten« bezeichnet. Nawalnyj steht bis 28. April unter Hausarrest.
10.04.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew bestätigt Anna Popowa als Vorsitzende des Föderalen Dienstes für den Verbraucherschutz (Rospotrebnadsor). Popowa hatte das Amt seit Oktober 2013 kommissarisch übernommen.
10.04.2014	Die Parlamentarische Versammlung des Europarates entzieht der russischen Delegation bis zum Ende des Jahres das Stimmrecht und schließt Russland aus allen Leitungsorganen des Europarates sowie von der Teilnahme an Wahlbeobachtermissionen aus. Die russische Delegation verlässt daraufhin die Versammlung vorzeitig.
10.04.2014	Präsident Wladimir Putin trifft in seiner Residenz mit Vertretern der »Allrussischen Volksfront« zusammen. Putin erklärt unter anderem, dass Russland den Beitritt der Krim nicht langfristig geplant habe. Er habe diese Entscheidung erst getroffen, als durch soziologische Erhebungen die Einstellungen der Bewohner der Krim deutlich geworden sei.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
Consulting

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<https://twitter.com/laenderanalysen>